

Verantwortlich:
Redaktion 32723 - Geschäftsstelle 32722
Vollstreckkonto: Dresden Nr. 14797

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden a. N. 16, Holbeinstraße 48

Sächsische
Vollszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich frei Haus Ausgabe A mit illustrierter Beilage 12.75 M. Ausgabe B 11.25 M
einjährlich Postbestellgeld
Die Sächsische Vollszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. - Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 19 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 11 Uhr vorm. - Preis für die
Schriftspalte 1.40 M. im Restenteil 3.50 M. Familienanzeigen 1.30 M. - Für unvollständig gedruckene, sowie durch
Verantwortliche angegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Immunität

Von Paul Heflein, Mitglied des sächs. Landtages

In der 57. Sitzung des sächsischen Landtages vom Dienstag den 7. Juni standen nicht weniger als sechs Anträge auf der Tagesordnung, die sich mit der Frage der Aufhebung der Immunität der Abgeordneten zu beschäftigen hatten. Die Verhandlungen haben einen Verlauf genommen, der es mir notwendig erscheinen läßt, zu der ganzen Angelegenheit mich hier prinzipiell zu äußern. Und zwar nicht zuletzt deshalb, weil auf der einen Seite eine Verhaftungsangelegenheit gegen mich unter den sechs Anträgen enthalten war und auf der anderen Seite, weil nachher heftige Vorwürfe in Form von Juristen von der linken Seite des Hauses wegen meines Verhaltens bei der Abstimmung gefallen sind.

Durch die Immunität soll verhindert werden, daß der Abgeordnete etwa sein Mandat nicht ausüben kann. Es müssen daher die Gerichte erst die Genehmigung des Landtages nachsuchen bei Einleitung von Strafverfahren. Nun waren in früheren Zeiten, wie ganz richtig am Dienstag in der Debatte hervorgehoben worden ist, die Sitzungsperioden des Landtages auf nur verhältnismäßig kürzere Zeit berechnet und der Landtag wurde jeweils nach Erledigung seiner Arbeiten geschlossen. Damit hatte auch die Immunität der Abgeordneten ihre Ende gefunden. Jetzt ist das wesentlich anders geworden. Nach der Verfassung des Freistaates Sachsen vom 1. November 1920 fallen die Sitzungsperioden und die Wahlperioden zusammen. Die Sitzungsperiode dauert also, falls der Landtag nicht aufgelöst wird, vier Jahre. Das ist ein Moment, das unter keinen Umständen übersehen werden darf.

Der springende Punkt bei der ganzen Frage ist der: Soll das Parlament generell jede Genehmigung auf Strafverfolgung ablehnen oder soll von Fall zu Fall entschieden werden. Meines Erachtens ist das letztere das Selbstverständliche. Nun war der erste Antrag, der in der gestrigen Sitzung in dieser Frage behandelt wurde, derjenige, der das Ersuchen des Ministerpräsidenten behandelte, „einen Beschluß des Landtages darüber herbeizuführen, ob er genehmigt, daß das bei der Staatsanwaltschaft Dresden gegen den Abg. Heflein anhängig gewordene Strafverfahren wegen Verleumdung durchgeführt wird“. Es handelt sich bei der ganzen Angelegenheit um den vor Jahresfrist erschienenen bekannten Artikel „Ein Skandal in der Kartoffelverforgung“, durch den sich der Leiter der Reichskartoffelstelle, Wilm und ein Herr Fröhling, beleidigt fühlten. Ich zeichnete damals noch präheftlich verantwortlich für die „Sächsische Vollszeitung“ und war natürlich auch bereit, die Verantwortung dafür zu übernehmen. Die Prozeßsache hat sich aber verzögert und inzwischen fanden die Landtagswahlen statt. Nun hat der Rechtsausschuß mit einer Zufallsmehrheit am 9. Februar 1921 beschlossen: „Der Landtag wolle beschließen: Der Landtag stellt nicht das Verlangen, daß das bei der Staatsanwaltschaft Dresden gegen den Abgeordneten Haupt- scharfleiter Heflein eingeleitete Strafverfahren wegen Verleumdung für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben wird.“ Als mich feinerzeit der Verichterstatler des Rechtsausschusses fragte, wie ich mich zu der Angelegenheit stelle, erklärte ich folgendes: Ich hätte an sich gar kein Interesse daran, daß das Verfahren aufgehoben würde; ich hätte im Gegenteil im vergangenen Jahre sogar großes Interesse daran gehabt, daß der Prozeß durchgeführt worden wäre. Die Gründe dafür seien aber weggefallen, nachdem inzwischen die Zwangswirtschaft für Kartoffeln aufgehoben und die Reichskartoffelstelle aufgelöst worden sei. Mit Rücksicht darauf hätte die ganze Angelegenheit jede Bedeutung für die Öffentlichkeit verloren. Kurzum, ich erkläre mich in vollem Umfang nach Lage der Dinge vollständig für desinteressiert. Bei der Abstimmung verließ ich selbstverständlich und richtiggemäß den Saal. Die Mehrheit des Landtages, bestehend aus den drei Linksparteien und einem Teil der Demokraten trat dem Ausschlußbeschlusse nicht bei und stellte das Verlangen, daß dieses präheftliche Strafverfahren für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben wird.

Obwohl sonderbarer Weise scheint man nun auf der linken Seite des Hauses die Meinung gehabt zu haben, ich müßte nunmehr bei den nachfolgenden Anträgen ohne Rücksicht auf die Bedeutung derselben für die Aufrechterhaltung der Immunität stimmen. Das war selbstverständlich eine irrige Auffassung. Und bei den nachfolgenden beiden Anträgen handelte es sich um präheftliche Verfahren. An sich sehe ich, wie schon oben angedeutet, auf dem Standpunkt, daß solche Anträge auf Strafverfolgungen eigentlich von Fall zu Fall behandelt werden müssen. Gestern lag die Sache aber wesentlich anders. Die Linke ist es, die diese Frage erst zu einer prinzipiellen gemacht hat, indem sie sich schon bei den Ausschlußberatungen von vornherein auf den Standpunkt stellte, daß alle Anträge auf Strafverfolgung abzulehnen seien. Dem konnte ich mich naturgemäß nicht anschließen. Es haben diesen Standpunkt sämtliche nichtsozialistische Abgeordnete eingenommen. Es wurde mit Recht von den Abg. Dr. Weüller der den Antrag auf namentliche Abstimmung stellte, und Dr. Wagner darauf hingewiesen, daß es geradezu ungeheuerlich wäre, wenn für immer die Abgeordneten, welche präheftlich verantwortliche Redakteure sind, ohne Rücksicht auf die Art des Falles der Verantwortung entzogen würden. Die in Frage kommenden Blätter können dann wirklich schreiben, was sie wollen. Es wird der Zustand eintreten, daß bei einer Reihe von Blättern - es kommen hier vor allem sozialistische Organe in Frage - in Zukunft einfach Abgeordnete formell die präheftliche Verantwortung übernehmen, die Zeitungen selbst aber für noch so schwere Verleumdungen dann nicht zur Verantwortung gezogen werden können. Gerade im Interesse des Ansehens der Presse muß ich diesen Zustand als einen geradezu unhaltbaren bezeichnen. Ich sehe für meine Person sogar auf dem Standpunkt, daß in dem Augenblick der Wahl eines Redakteurs in das Parlament derselbe die präheftliche Verantwortung abgeben sollte. Er kann deshalb selbstverständlich sehr gut Chefredakteur oder politischer Leiter des Blattes bleiben, aber es darf nicht durch die Immunität des betreffenden Abgeordneten einfach alles der Strafverfolgung entzogen werden, was etwa an Verleumdungen und Verleihen in dem Blatte enthalten ist. Nachdem die Angelegenheit zu einer prinzipiellen Frage geworden ist, habe ich selbstverständlich bei der namentlichen Abstimmung für die Strafverfolgung gestimmt. Die Entzählung, die darüber die linke Seite befehdet hat, ist daher keineswegs begründet.

Die weiteren Anträge betrafen die Strafverfolgungen gegen die kommunistischen Abgeordneten Renner und Schaeffer wegen der Teilnahme an den kommunistischen Anrufen an Opiern dieses Jahres. Auch diese Strafverfolgungen wurden von der Mehrheit des Landtages mit 48 sozialistischen gegen 45 nichtsozialistische Stimmen verurteilt. In der 43. Sitzung des Landtages vom 7. April 1921 hat Ministerpräsident D. u. L. Stenogramm u. a. folgendes erklärt: „In den letzten Wochen sind in Sachsen und in anderen Teilen des Deutschen Reiches terroristische Putsch und verbrecherische Gewaltakte verübt worden. Das Verhalten der kommunistischen Partei, ihre Feindschaft und Aufruf, die Gleichzeitigkeit und Gleichartigkeit der Verbrechen beweisen, daß durch planmäßiges gewalttätiges Vorgehen der Sturz der bestehenden Verfassung erreicht und die Gewalt Herrschaft einer Minderheit aufzurichten werden sollte, die außer der Terrorisierung der Bevölkerung schwere Schädigungen der gesamten Volkswirtschaft und des Staates herbeiführen mußte.“

Trotz dieser Erklärung haben gestern die beiden mehrheitssozialdemokratischen Minister Reiffisch und Heide, die zu gleicher Zeit Mitglieder des Landtages sind, auch dafür gestimmt, daß die Strafverfolgung gegen die beiden kommunistischen Abgeordneten aufgehoben wird. Es genügt, diese Tatsache hier nochmals hervorzuheben. Sie spricht Bände, und es ist daher jeder weiterer Kommentar überflüssig.

Ministerpräsident Stegerwald über die preußische Regierungsumbildung

Anlässlich der Debatte über den preußischen Etat ergriß auch der Ministerpräsident Stegerwald das Wort. Er führte unter anderem aus:

Der Abg. Braun hat gefragt, wie es mit der Regierungsumbildung stehe. Ich habe schon während der Regierungsumbildung im Reich in der Öffentlichkeit ausgesprochen lassen, daß nach meiner Meinung die Umbildung der Regierung in Preußen politisch erwünscht und schließlich auch sachlich notwendig ist. Auf diesem Standpunkt sehe ich heute noch, insbesondere aus folgender Erwägung: Wir stehen vor so großen sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen, daß der größte Teil des deutschen Volkes sich noch gar keine Vorstellung davon machen kann. Der politische Teil der Revolution hat ja schon einen bestimmten Abschluß erreicht, dagegen befindet sich der soziale und wirtschaftliche Teil der Revolution erst im Anfang. (Sehr richtig links.) In den letzten 1/2 Jahren haben wir ja nur mit der Rumpfwirtschaft gearbeitet. Vor dem Kriege betrug die Schuldenlast des Reiches etwa 5 Milliarden, heute beträgt die Schuldenlast etwa 300 Milliarden. Vor dem Kriege hatten wir im Reich - abgesehen von den durchlaufenden Posten - etwa eine jährliche Einnahme von gut 2 Milliarden Mark, und nun müssen wir in Zukunft allein an die Entlastung des einmahlfachen dieses Betrages abarbeiten. Dazu kommen die Ausgaben für die Kriegsschuldigkeiten in Höhe von 6-8 Milliarden. Wenn wir das bedenken, kommen wir zu der Erkenntnis, daß in den nächsten Jahrzehnten so wie bisher keine Politik gemacht werden kann, daß vielmehr die sozialen Umwälzungen von allen Schichten des Volkes getragen werden müssen. (Zustimmung bei der Mehrheit.)

Aus diesen Erwägungen heraus habe ich damals gleich nach Annahme des Ultimatums und nach der Umbildung der Reichsregierung gesagt, daß diese Vorgänge im Reich nur dann einen Sinn haben, wenn wir alles aufbieten, um unsere Leistungsfähigkeit vor aller Welt zu demonstrieren. Sonst hätten wir am 10. Mai gar nicht ja sagen dürfen. Wir müssen aus unserer Wirtschaft herausholen, was herauszuholen ist. Und das ist nur möglich, wenn alle Schichten einsehen, daß sie ihre bisherige Lebenshaltung nicht beibehalten können. (Große Unruhe auf der äußersten Linken.) Mit autoritativen Schlagworten können Sie (nach links) hier keine Politik machen. Wenn ein Volk einen solchen Krieg liquidieren soll,

können nicht die Besitzenden allein die Lasten aufbringen. (Lebhafter Widerspruch und große Unruhe links.) Diese Einsicht muß in den breitesten Schichten geweckt werden.

Ich betrachte diese Dinge nicht aus dem engherzigen parteipolitischen Gesichtspunkt, sondern aus dem Gesichtswinkel, wie wir unsere Politik in den nächsten zehn Jahren dahin bringen, daß wir wieder ein exträparlamentäres Leben führen. Ich persönlich kann gegenwärtig in der Frage der Regierungsumbildung nicht sehr viel tun. Ich habe das bereits an dem Tage, nachdem die Regierungsumbildung im Reich vor sich gegangen war, der Sozialdemokratischen Partei gegenüber ausgesprochen. Ich bin ursprünglich von fünf Parteien dieses Hauses zum Ministerpräsidenten gewählt worden und habe wochenlang vergeblich mich um die Teilnahme der Mehrheitssozialdemokraten bemüht.

Als ich dann eine Regierung unter Mitwirkung einiger Neuanten gebildet hatte, warf man mir Wortbruch vor. Darauf habe ich dem Hause mein Mandat zurückgegeben. Nachdem ich dann von einer anderen Parteigruppierung nochmals gewählt worden war, konnte ich keine Regierung unter Mitwirkung der Sozialdemokratie schaffen.

Erste Voraussetzung für eine Umbildung ist also, daß sich eine Mehrheit im Hause zusammenfindet und sich darüber verständigt, auf welcher Basis eine Regierung gebildet werden soll; und zweite Voraussetzung ist, daß sich die gleiche Mehrheit darüber verständigt, wer Ministerpräsident werden soll. Dann erst kann der Ministerpräsident die Initiative ergreifen. Vorher aber ist es auch mir unmöglich, zurückzutreten und der Welt oder dem Lande das Schauspiel zu bieten, daß wir wieder wochenlang ohne Regierung sind. (Parade der Kommunisten: Amnestie!) Die Amnestie ist eine Sache des Reichstages! Wer mit den Waffen gegen den Staat steht, hat keinen Anspruch auf Amnestie! (Beifall rechts - Unruhe links.) Nur wenn alle Parteien Obedienz bekunden, kommen wir aus der schwierigen Lage heraus.

Sächsischer Landtag

Dresden, den 7. Juni 1921

Präsident Rehdorf eröffnet die Sitzung 10 Uhr und erteilt dem Verichterstatler des Rechtsausschusses zum Punkt 1 der Tagesordnung, der Strafverfolgung, Abg. Gänger (D. Sp.) das Wort.

Abg. Gänger: Die Immunität der Abgeordneten müßte von zwei Gesichtspunkten aus betrachtet werden. Soweit sie die Abgeordneten vor Strafverfolgung schützen sollte, müßte der Landtag die Aufhebung derselben verweigern. Komme die erweiterte Immunität in Frage, so müßte ein klarer Unterschied gemacht werden, ob ein Strafverfahren gegen einen Abgeordneten schon vor dessen Eintritt in die Kammer anhängig gewesen sei. In diesem Falle müßte unbedingt das Verfahren weitergeleitet werden. Nur wenn der Landtag der Ansicht sei, daß er eingreifen müßte, müßte dies durch einen ausdrücklichen Beschluß festgelegt werden. Wenn während der Tagung der Kammer Strafverfahren nicht eingeleitet werden dürften, käme für von Abgeordneten beantragte Verleumdungen Nachsicht in Sachsen gefordert werden. Denn hier sei die Sitzungsperiode vom Tage des Zusammentrettes der Kammer bis zu den erfolgten Neuwahlen festgelegt. Ein Führer einer politischen Partei, der mit fast sicherer Wiederwahl rechnen könne, sei als faktisches Mitglied unter dem Deckmantel des Parlamentarismus gegen die Gesetzgebung zu schützen. Im Reichstag seien die Rechtsparteien der Meinung gewesen, daß sich während der Strafverfahren weiter geleitet werden müßten, während der Dauer der Parlamentsferien. Die Linke hingegen bestreite den Standpunkt, daß die Immunität die Rechtshilfe müßte und dieselbe nur in ganz besonders schweren Fällen durchbrochen werden dürfe. Der Redner schloß ab, daß bei der Staatsanwaltschaft Dresden gegen den Abg. Heflein (Rechtl. Vgl. Prot.) anhängig gewordene Strafverfahren ein. Er handelte sich um den schon oft behandelten, im Juli 1920 in der „Sächsischen Vollszeitung“ veröffentlichten Artikel: „Ein Skandal in der Kartoffelverforgung“. Der Verichterstatler tritt für Genehmigung der Strafverfolgung ein, da das Strafverfahren schon vor dem Eintritt des Abg. Heflein in die Kammer anhängig habe. Die folgende Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages mit den Stimmen der Linken und eines Teiles der Demokraten.

Mit gleicher Stimmenzahl wird der Antrag des Rechtsausschusses auf Genehmigung der Strafverfolgung des Abg. Wehke (Zag.) wegen Verleumdung abgelehnt. Zum Antrag des Rechtsausschusses auf Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Müller-Chemnitz (Zag.) wegen Verleumdung erklärt der Abg. Weüller (Dnat.): Seine Partei stehe auf dem Standpunkt, daß auch ein Abgeordneter Genehmigung zu leisten habe. Wenn ein verantwortlicher Redakteur sich unter den unverantwortlichen Parlamentarier verberge, so sei dies eine Ungerechtigkeits. Er beantragte namentliche Abstimmung. Abg. Dr. Wagner: Wenn ein Abgeordneter beleidigt werde, greife die Staatsanwaltschaft sofort ein, während im entgegengekehrten Falle der Beleidigte sich keinerlei Genehmigung verschaffen könne. Das Volk werde hier Willen und Launen der Abgeordneten preisgegeben. Abg. Müller (Anobh.): Nicht Rechtsgleich, sondern politische Gründe veranlassen die Rechte zu diesem Vorgehen. Abg. Dr. Scherf: Seine Partei entscheidet über den einzelnen Fall, weil sie nicht für den Schutz des Ganzen einzeln könne, sondern weil jeder einzelne Fall einzeln erwoogen werden müßte. Die namentliche Abstimmung ergibt die Ablehnung der Strafverfolgung mit 45 Stimmen der Rechten gegen 46 der Linken. Die Strafverfolgung des Abg. Renner (Mont.) wegen Oubervrats wird mit gleichem Stimmenverhältnis abgelehnt, da die Minister Reiffisch und Heide an der Abstimmung teilnahmen. Dasselbe Resultat ergibt sich bei der Abstimmung über die Verurteilung der Strafverfolgung der Abg. Schaeffer und Renner (Mont.), nachdem ein Antrag Dr. Wagner (D. Vgl.) die Strafverfolgung vom 1. Juli ab zu genehmigen, abgelehnt worden war.

Zur zweiten Beratung über den Antrag Gert (Mont.) und Gensien auf Einführung der unentgeltlichen Rechtsbeistände in Sachsen, sowie über den Antrag der

Frau Abg. Wiltmann (Nat.) über die zeitgemäße Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Gebirgsbewohner...

Frau Abg. Wiltmann (Nat.): Ein Existenzminimum sei unbedingt notwendig, denn nur so könne für die Gebirgsbewohner eine Lebensmöglichkeit geschaffen werden...

Ministerpräsident: Die Frage der Organisation des Gebirgsbewohners müsse im Zusammenhang mit der gesamten Wirtschaftsfrage behandelt werden...

Abg. Krug (Zog.): Er sehe keine Veranlassung, daß noch etwas im Plenum die ganze Sache aufgerollt werden sei...

Der Antrag Hl. Dr. Hertwig (D. Vpt.), das Kapitel 66, Titel 12 des Reichshaushaltsplan, wo eine wirtschaftliche Sicherstellung der Gebirgsbewohner...

Zum Antrag Ebert (Kom.) und Genossen, über die Vergütung der Oblastungen der Staatsbeamten...

Auch die Vorlage Nr. 47, über den Entwurf eines Gesetzes über Abänderung des Gesetzes vom 1. Juli 1878...

Abg. Donath (D. Vp.) befragt als Berichterstatter den Reichstag zum Vertrag des Staatsbankrott...

Schluss der Sitzung halb 5 Uhr.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 9. Juni mittags 1 Uhr. Tagesordnung: Kurze Anfragen; Antrag Vorstel. Aufhebung eines Untersuchungsamtes...

Der Reichsausschuss und der Haushaltsausschuss erledigen in gemeinsamer Beratung den Bericht über das Staatsbankrott...

Die Beamtenfragen. Am Dienstag und Mittwoch weilen Vertreter der sächsischen Regierung in Berlin...

Die Entente zur Frage der Einwohnerwehren

Berlin, 7. Juni. Wie bekannt, hatte die Interalliierte Militärkommission von der deutschen Regierung bis zum 30. Mai die Einreichung einer Liste derjenigen Selbstschutz-Organisationen...

Deutschland und der Völkereid

Genf, 7. Juni. Die in der sechsten Kommission der Union der Völkereidvereinigungen vom Vizepräsidenten Prof. Kolar...

Keine wirtschaftliche Aufschwungsmöglichkeit

Berlin, 7. Juni. Aus den Berichten der preussischen Handelskammern an das Handelsministerium über den Geschäftsgang von Handel und Industrie im Monat Mai geht hervor...

Das Ergebnis von Werthaus Rheinlandschiff

Koblenz, 7. Juni. Wie aus Paris gemeldet wird, soll Werthaus auf seiner Rheinlandschiff die Lieberzugung gewonnen haben...

Französische Pressepolitik im besetzten Gebiete

Ludwigshafen, 7. Juni. Die Presse des besetzten Gebietes, vor allem aber die Presse der Pfalz, hat neuerdings wieder sehr schwer unter der Zensur und unter direkten Eingriffen...

Seeräuberei für England

Seeräuberei 7. Juni. Infolge der von Deutschland auf Grund des Spaar-Vertrages nach Frankreich gelieferten Reparationskohlens...

bekanntlich beruht an, daß ihr Seeräuberei in Frankreich keine Rolle mehr spiele. Die Folge davon war eine Einschränkung der Kohlenförderung...

Zum Wiederaufbau

Paris, 7. Juni. Der Minister für Wiederaufbau Bonheur hat eine Note durch das ehemalige Kommissariat gemacht...

Verhinderung der Ententekonferenz

London, 7. Juni. Daily Chronicle schreibt in einem Artikel über die Entente: Die nächste Zusammenkunft des Obersten Rates...

Um die „Kriegsverbrecher“

Berlin, 7. Juni. In der Strafkammer gegen den Generalleutnant a. D. Stenger und Major a. D. Grunig wegen Kriegsverbrechen...

Kein französisch-englisches Bündnis

London, 7. Juni. Der diplomatische Mitarbeiter der Daily News sagt, in England werde ein formelles Bündnis mit Frankreich nicht gewünscht...

Der Vertrag von Trianon vor der französischen Kammer

Paris, 7. Juni. Die Kammer besprach in ihrer heutigen Vormittags-Sitzung über die Annahme des Vertrages von Trianon...

Kunst und Wissenschaft

Die Dresdner Musikhochschule

Vortrag des Herrn Dr. Carl Wolff

Dresden, 8. Juni. In der Sitzungsaal des Landtags hielt gestern die Dramaturg der Staatstheater, Herr Dr. Carl Wolff, einen Vortrag über das Thema: Was will die Dresdener Staatshochschule für Musik und Theater...

einer weichen Wissenschaft mit noch festgelegenden Methoden

zu dienen hätte, und schließlich die Mednerschule, die nicht äußere Technik zu lehren, sondern die rednerische Begabung im edelsten Sinne zu entwickeln haben würde...

Staatsoper. Trotz der geradezu niederdrückenden Schwüle des Abends gelang es der ganz einzigen und kaum mit anderen Opern vergleichbaren Musik der „Carmen“...

Alberttheater. (Gastspiel des Pech-Kainer-Vallétt.)

Die Veranstaltung warde Erinnerungen an das Gastspiel des russischen Balletts. Hier wie dort war der neue Zug in der alten Kunst zu verspüren...

Viktoria-Theater. Im Juni gastiert ein erstklassiges Variete-Ensemble unter Leitung von Josef Wilos.

Die Attraktionen sind der elegante und sympathische Komiker Geros, der zwei Renner auf seinen gemaltigen Raden schleicht, der Balance-Künstler Ward mit nervenregenden Kunststücken...

Neue polnische Angriffe

Berlin, 7. Juni. Nach dem neuesten Bericht aus Oberschlesien setzen die Polen überall ihre Kampfhandlungen und Verdrängungen fort. Der Vorort von Ratibor, Polonia, wurde wiederholt von polnischer Artillerie beschossen. Auf der vom Deutschen Selbstschutz besetzten Altschlesien-Südost-Cosel-Brudergasse griffen die Polen mit Unterstützung von drei Panzerregimenten und überaus starken Kräften an. Sie wurden jedoch blutig abgewiesen. Heftige Angriffe spielten sich am Sonntag im Räume Neuborf-Pruska ab, wieder mit Unterstützung eines Panzerregiments, der Malienhof- und Neuborf-Pruska mit 20 Schuss Artillerie besetzt. Die Insurgenten griffen mit starken Kräften an. Im Malienhof wurde im Handgemenge gekämpft, bis es vom Feinde geräumt wurde.

Könihsbrunn. 7. Juni. Seit dem Einmarsch der neuen Besatzungstruppen der Insurgenten sind auch einige Straßen der bisher freien Südstadt von den Insurgenten besetzt worden. Die Kontrolle und Durchsuchung beim Betreten und Verlassen der Stadt werden jetzt schärfer gehandhabt.

Oppeln, 7. Juni. Im Laufe des heutigen Tages ist ein auf der Fahrt befindliches englisches Bataillon in Gleiwitz angekommen. Ein zweites englisches Bataillon und eine Kompanie französischer Truppen befinden sich in Mosenberg. In der Gegend von Krappitz und Otmühl hat ein Bataillon italienischer Truppen Stellung bezogen. Die Kampftätigkeit der Aufständischen war auch heute an zahlreichen Stellen der von den Insurgenten gehaltenen Linien sehr lebhaft. Im Kreise Rosenberg stark polnische Infanterie- und Maschinenengewehrfeuer. Nördlich von Mosenberg lagerte ein gegen Josefshöhe gerichteter Vorstoß der Aufständischen. Albrechtsdorf und die St. Annakirche wurden mit Artillerie beschossen. Bei Gröblich wurde eine polnische Batterie festgesetzt. Die Ausreitungen der Insurgenten im Kreis Rosenberg waren an Schloß Hembowig wurde von den Aufständischen ausgeplündert. Im Kreis Grob-Strahlitz wurden die Insurgenten auf Doniez abgewiesen. Bei Kalinow kleinere erfolglose Vorstöße der Aufständischen. Im Kreis Cosel scheiterte ein durch einen Panzerzug unterstützter Vorstoß der Insurgenten auf Rantzin. Altschlesien wurde vom Deutschen Selbstschutz besetzt. Im Kreise Ratibor wurden die Besatzungen bei Malibor und die Vorwerke Neuhof bei Jabellau von polnischer Artillerie beschossen. Bei Oltau wurde ein polnischer Panzerzug festgesetzt. Nach Mitteilung des Berg- und Hüttenmännlichen Vereins haben die Aufständischen in der zweiten Hälfte des Monats Mai sehr große Mengen von Kohle ohne Kontrolle der Werke nach Polen abgefahren.

Oppeln, 8. Juni. Aus dem Kreis Grob-Strahlitz eingetroffene Personen berichten von einem Zusammenstoß, der in der vergangenen Nacht in der Gegend von Ralibor zwischen dem obererschlesischen Selbstschutz und den Franzosen stattgefunden hat. Bei Kalinow wurde der Selbstschutz während der Nacht durch anhaltendes Geschützfeuer bedrängt und entzündete Patronen zur Feststellung des Gegners. Die Patronen wurden in ein lebhaftes Feuergefecht verwickelt und machten mehrere Gefangene, die als Franzosen entpuppten. Der Selbstschutz sandte die Gefangenen unter Führung eines Offiziers zurück und sprach durch diesen eine Entschuldigung wegen des Zwischenfalles aus.

England bleibt fest

Paris, 7. Juni. Wie Vertinax im Echo de Paris mitteilt, hat die englische Regierung gestern dem französischen Minister um des Neuen eine neue Note zugehen lassen. Die englische Regierung habe erklärt, sie werde die letzte französische Note erst beantworten, wenn sie den ersten Bericht ihres neuen Vertreters in Oberschlesien erhalten habe. Hinsichtlich der Haltung der französischen Truppen zu Beginn des polnischen Aufstandes, die die englische Regierung als zu polenfreundlich bezeichnet habe, habe nach Vertinax die englische Regierung ihre ersten Behauptungen vollkommen aufrecht.

Vermittlung des Reichskanzlers

Berlin, 7. Juni. Der Reichskanzler hat, der „Neuen Post“ zufolge, Sonntag vormittag Schritte unternommen, um die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die sich aus dem Konflikt zwischen Hofer und der Interalliierten Kommission ergeben haben. Man hofft auf einen baldigen Erfolg dieser Schritte. Der deutsche Botschafter in London, Dr. Schamber, überreichte gestern dem englischen Außenministerium eine Note der deutschen Regierung, die auf die Note der Interalliierten Kommission vom 4. Juni an General Hofer Bezug nimmt. Die deutsche Note erklärt, daß die Drohung der Alliierten wieder von den Deutschen Oberbefehlshabern noch von dem deutschen Volke überhaupt hingenommen werden könnte. Ihre Durchführungs- und die deutsche Bevölkerung ohne Verteidigung und würde sie den polnischen Aufstand auslösen, was eine schwere Verletzung des Friedensvertrages bedeuten würde. Die bisherige Haltung der Polen mache es klar, daß die Deutschen nicht ohne Verteidigung gegenüber den polnischen Angriffen bleiben könnten. Die von den Alliierten angeordneten Maßnahmen müßten einen Bürgerkrieg hervorrufen. Der deutschen Regierung sei es unmöglich, die Verteidigungstruppen und die deutsche Bevölkerung den Angriffen der polnischen Banden auszuliefern. Schließlich erklärt die deutsche Note, die Durchführung Oberbefehlshabern erzwinge, daß die Antwort der englischen Truppen sie von dem polnischen Terror befreit. Aber sollten sie sich in dieser Situation geirrt haben, so würde die Bevölkerung alle der Verantwortung begehen.

Die Reichsregierung zur Deutschenhege in Polen

Berlin, 7. Juni. Zu Ostrowo haben, wie berichtet, am 2. Juni schwere Ausschreitungen gegen die deutschen Bürger stattgefunden, denen erst durch Eingreifen von Militär ein Ende gemacht werden konnte. Bereits vor Eintritt dieser deutschen Verhältnisse war das Polener Außenministerium von dem deutschen Konsul darauf aufmerksam gemacht worden, daß sich in einigen Orten Polens eine Bewegung gegen das Deutsche Volk vorbereite. Hat so weniger zu erwidern, daß die jetzt aus Ostrowo gemeldeten Ereignisse auf sofortiger Vorweisung des Konsuls behauptet und Verurteilung der Nieminer gegen die Vorgänge und de sicherte, alles tun zu wollen, um eine Wiederholung zu verhindern. Gleichzeitig aber erklärte er, darauf aufmerksam machen zu müssen, daß es infolge der Verweigerung polnischer Arbeiter aus Westfalen und aus der Niederlausitz im ganzen Westpreußengebiete gegen die Deutschen gäre.

Demgegenüber ist festzustellen, daß die im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen die polnische Regierung habe, die dem polnischen Reichs überantworteten deutschen Kinderheiten nachdrücklich unter allen Umständen gegenüber übergriffen der national-polnischen Mehrheit zu schützen. Vorgriffe gegen deutsche Kinderheiten können durch nichts entschuldigt und dürfen von der polnischen Regierung nicht gebuldet werden. Der deutsche Geschäftsträger ist angewiesen worden, dies in Warschau zum Ausdruck zu bringen. Andererseits darf die Erzeugung über das unheimlichste Vorgehen der polnischen Insurgenten in Oberschlesien nicht dazu führen, daß man versäumt wird, Vergeltung an im Deutschen Reichs lebenden an jenen Vorgängen schuldigen Polen zu üben. Ein solches Vorgehen würde ungerecht sein und nur dazu dienen, die polnischen politischen Elemente Anlaß zu neuen Angriffen gegen die Deutschen in Polen wohnenden Landesleute zu geben, und damit deren schon ohnehin schwierige Lage noch weiter zu verschärfen. Die vom polnisches Regierung behaupteten Vorgänge in Deutschland unterliegen gegenwärtig der Nachprüfung.

Ein französisches Urteil

Paris, 7. Juni. Der Sonderberichterstatter des „Populaire“, P. Gausse, hat in Oberschlesien auf. Er berichtet seinem Blatte, die Truppen der Entente hätten nichts unternommen, um das polnische Abenteuer zu verhindern, und hätten es in der Folge vollkommen geduldet. Nur die Italiener hätten Widerstand versucht. Der Berichterstatter sagt, er habe in den letzten Tagen viele Unterredungen über den Ursprung des

Abenteuers gehabt. Es scheint ihm wohl festgestellt zu sein, daß das französische Kommando über die Vorbereitungen unrichtig gewesen sei. Alle französischen Posten hätten zehn Tage vorher Bericht erstattet über eine in der Ausführung begriffene Bewegung. Im Koranays Hauptquartier Schopping hätten die Franzosen ein Detachement unterhalten, das die Polen bei den Verhandlungen mit ihren Freunden jenseits der Grenze stark geniert habe. Sie hätten deshalb nicht aufgehört, den Franzosen zu sagen, hier gebe es keine Deutschen und ihre Anwesenheit sei nicht nötig. Tatsächlich sei einige Tage vor der Erhebung der Befehl eingetroffen Schopping zu räumen. Der Berichterstatter sagt General Braller an, der sich während des Krieges dadurch ausgezeichnet habe, daß er ein Verfahren erfunden habe, wie man die Schube binde, daß er kurz vor dem Ausbruch allen Truppen den Befehl erteilt habe, sich in kleinere Trupps zu verteilen.

Die polnische Staatsschuld

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Warschau, 8. Juni. Welch ungeheure Lasten die Unterhaltung der polnischen Armee dem Staate aufbürdet, ergibt sich nicht nur aus dem polnischen Staatshaushalt, der fast 2/3 aller Ausgaben für Armeebeschlüsse vorieht. Nach einer Aufstellung der polnischen Regierung schuldete gegenwärtig der polnische Staat dem Ausland für hauptsächlich zur Ernährung und Ausrüstung der Armee geleierte Waren rund 180 Milliarden polnische Mark, darunter an Amerikaner 124, an Frankreich 80 Milliarden. Nach dem heutigen Kurs der polnischen Mark erhöht sich diese Staatsschuld auf rund 250 Milliarden polnische Mark.

Beilegung des Streikes der nieder-schlesischen Kohlenarbeiter

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Breslau, 8. Juni. Nach den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium ist der Streik im nieder-schlesischen Kohlenrevier beigelegt. Gestern früh sind die Veroleute auf fast allen Gruben wieder angereiset, aber die Arbeitswilligen wurden von den Kommunisten an der Wiedereingabe der Arbeit gehindert und teilweise aus dem Schacht wieder herausgeholt.

St. Benno-Kalender 1922

Die verehrlichen Vorstände derjenigen Vereine, bei denen für die Statistik im St. Benno-Kalender 1922 Änderungen zu erfolgen haben, werden gebeten, dies dem

Verlage des St. Benno-Kalenders Dresden, Holbeinstraße 46

bis spätestens den 10. Juli 1921 mitzuteilen.

Aufhebung der Beschränkung in der Seisenindustrie

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 8. Juni. Wie es heißt, wird durch eine demnach im Reichsgehalt erlassende Verordnung des Reichswirtschaftsministers vom 8. Juni 1921 die Befreiung über die Errichtung einer Werksanlage und Betriebsabfertigung in der Seisenindustrie vom 9. Juni 1917 aufgehoben. Damit kommt die Befreiung der Seisenindustrie von der Bekämpfung der Seisenindustrie und Betriebsabfertigung in Wegfall.

Die Lebenshaltungskosten

Berlin, 6. Juni. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten hat sich nach den Berechnungen des statistischen Reichsamtes im Monat Mai auf 880 ermäßigt. Im Vormonat hatte sie 894 betragen. Im Monat Januar dieses Jahres, dem bisher teuersten Monat, betrug sie 924. Die feierliche für den Durchschnitt des Reichs eingetretene mäßige Senkung der Gesamtausgaben für die von der Teuerung erfassten lebensnotwendigen Bedürfnisse, wie Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung, hat sich also weiter fortgesetzt. Im Vormonat trat hauptsächlich wieder der Preisrückgang für Getreide, Hülsenfrüchte, Wildfleisch, Heringe und einige Gemüsearten zur Abmildung der Anstiegswerte bei. Andererseits lagen die Preise für Schweinefleisch, Speck, Eier, die bewirtschaftete Milch, Kohlen und die von der Kohlenpreiserhöhung beeinflussten Leuchtstoffe etwas an.

Die Neuregelung der Brotversorgung

Berlin, 6. Juni. Im Reichstagsauschuß für Volkswirtschaft wurde der Gesetzesentwurf über die Neuregelung der Brotversorgung weiterberaten. Reichsernährungsminister Herem beschränkte, daß aus den vorhandenen und demnachst zu erwartenden Vorräten eine genügende Reserve für die Einführung des Umlegeverfahrens aufzubringen wird, daß diese aber nicht für den Übergang zur freien Wirtschaft ausreichte. Das Ablieferungsoll seit von den Kommunalbehörden festgestellt worden. Auf Grund dieser Feststellungen und anderer Ermittlungen hat man dem Standpunkt der Landwirtschaft Rechnung getragen. Ein Vertreter der bayerischen Regierung befürwortete den sofortigen Übergang zur freien Wirtschaft, der später noch schwieriger auszuführen sein würde, als jetzt.

Zur Frage der religiösen Kindererziehung

Der Reichsauschuß des Reichstages nahm in einer seiner letzten Sitzungen mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien an der der Sozialdemokraten folgenden § 1 an: Ueber die religiöse Erziehung eines Kindes h. kommt in erster Linie die freie jederzeitige Wahl der Eltern, soweit dieser die Religionsfürsorge aufweist. Besteht eine solche Erziehung nicht oder nicht mehr, so steht auch für die religiöse Erziehung die Verantwortung des Vaters, über das Recht und die Pflicht, für die Person des Kindes zu sorgen. Es kann jedoch während der Ehe von keinem Elternteil ohne die Zustimmung des anderen bestimmt werden, daß das Kind in einem anderen als dem zurzeit der Geschickung gemeinsamen Bekenntnis erzogen, daß das Bekenntnis des Kindes geändert oder daß ein Kind vom Religionsunterricht abgemeldet werden soll. Im Falle eines Mißbrauchs im Sinne des § 1666 des BGB. steht jedem Teil insbesondere, das Vormundschaftsgericht um Vermittlung der Entscheidung anzugehen. Vor der Entscheidung sind die Eltern, sowie Verwandte, Verwandte und die Lehrer des Kindes zu hören, wenn es ohne erhebliche Verödterung und ohne unverhältnismäßige Kosten geistlich kann. Wenn das Kind in ein Bekenntnis über 10 Jahre erreicht hat (unter Lehren des Kindes) sind nach der Meinung der Kommission auch die Religionslehrer zu vernehmen.

Rampf um die Schule

Der Evangelische Bund zur Schulfrage

Der Sächsische Landesverein des Evangelischen Bundes hielt sein Jahresfest in Pirna ab. Die in der Hauptversammlung beschlossene Kundgebung lautet: „Anlässlich des Entwurfs des Reichsschulgesetzes erhebt der Evangelische Bund seine Stimme, um in Bezug auf der deutschprotestantischen Interessen zu klären, daß es oberstes Ziel und Aufgabe protestantischer Jugendbildung aus dem evangelischen Bekenntnis heraus zu sein ist, das allgemeine nationale Bildungsgut zur Erhebung des Unterrichtes zu machen. Es fordert aber von dem Reichsausschuß, daß es für die evangelischen Kinder die evangelische Schule als gleichwertig neben die Gemeinschaftsschule stellt und den evangelischen Eltern die gleichberechtigten Antrags- und Anmeldebefugnisse gewährt wie den Angehörigen der Gemeinschaftsschule. Er mahnt die evangelischen Eltern: Wacht bei den kommenden Entschcheidungen über die Schularbeiten in Elternräte und Versammlungen euren Kindern das Erbe der Reformation! Er ruf in den Schulämtern, die das Gelingen mit der Förderung ihrer Antragsunterstellungen heraufschafft, die evangelischen Christen aller Richtungen auf, nicht milde zu werden, tatkräftig und einträchtig für die evangelische Schule einzutreten.“

Sozialdemokratische Verbesserungsvorschläge

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer beschloß in einer Sitzung am 8. Juni durch ihren Hauptvorstand eine Kundgebung zum Reichsschulgesetz, die etwa folgenden Inhalt hat: Der Hauptvorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands hält das Reichsschulgesetz nur dann für annehmbar, wenn eine Reihe von Mängeln abgestellt wird. In diesen folgen wirten Mängeln gebührt der Begriff der Gemeinschaftsschule des Reichsschulgesetzes. Diese Gemeinschaftsschule sollte zu einer „verkürzten Bekenntnisschule“ werden. Sie sollte sogar noch eine „Verkürzung der heutigen Bekenntnisschule“. Die weltliche Schule schwebt in der Gefahr, von den Ländern völlig „entwertet“ zu werden. Sie könne ferner der Verkürzung gegenüber der Normal- und Berufsschule. Eine besondere Gefahr für die Weltlichkeit und Einseitigkeit „ihres“ Schulwesens (wie sie es anfallen), wird in der Bestimmung über den geordneten Schulbetrieb erblickt. Als wichtigste Gefahr, endlich betrachten sie es, daß die weltlichen Fragen dem Landesrecht überlassen werden. — Man sieht die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer wird von schweren Strapazen betroffen des Reichsschulgesetzes heimgeführt und von der Verkürzung ihres in dieser Hinsicht so überaus zarten Bemühen wird es abhängen, ob sie ihre allerhöchste Einwilligung zu dem Reichsschulgesetz erteilen werden.

Nachrichten aus Sachjen

Die Auflösung des Stadtratskollegiums in Ehrenfriedersdorf

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei verbreitet folgende amtliche Auslassung: „Aus Anlaß der vom Ministerium des Innern verfügten Auflösung des Stadtratskollegiums in Ehrenfriedersdorf sind in einem Teile der Presse gegen die Regierung Angriffe gerichtet worden, die sich aus einer nicht ausreichenden Kenntnis über die tatsächlichen Vorgänge erklären. In Ehrenfriedersdorf haben acht sozialistische und kommunistische Abgeordnete acht nichtsozialistische gegenüber. Die Wahl des Abgeordnetenvorstehers ergab wiederholt Stimmengleichheit und wurde deshalb durch das Los entschieden. Die Losziehung wurde aber von den Sozialisten und Kommunisten nicht anerkannt; sie erschienen sich vorher, blieben den von dem durch das Los bestimmten nichtsozialistischen Stadtratskollegiums geleiteten Sitzungen fern, legten ihre Mandate nieder und beauftragten die Auflösung des Stadtratskollegiums. Dieses war beschlußfähig geworden und hätte die Geschäfte nur mit Hilfe von 7/8 der residierenden Stadtratskollegiums schlichtung weiterführen können, daß bei vorhandener Reichsunterschiedlichkeit noch einmal wiederholter Anberaumung der Sitzung ein Beschluß auch ohne die Anwesenheit der regelmäßig hierfür erforderlichen Stadtratskollegiums gefaßt wurde. Dieses Verfahren wurde zunächst versucht, erregte aber auch bei dem nichtverretenen Teile der Einwohnerschaft von Ehrenfriedersdorf starken Unwillen, der sich in Arbeitslosigkeit und Demonstrationen Luft machte. Der Stadtrat erklärte hierzu in einer dringlichen Eingabe das Wohl der Gemeinde für gefährdet, wenn das Ministerium des Innern sich nicht sofort über das Verbleiben des jetzigen Stadtkollegiums schlichtung machte. Das Ministerium hatte zunächst versucht, durch die Kreisbauhauptmannschaft Vermittelung und so einen Ausgleich der bestehenden Gegensätze herbeiführen zu lassen. Nachdem aber der Stadtrat in der erwähnten Eingabe alle Vermittelungsversuche für völlig aussichtslos erklärt hatte, blieb dem Ministerium des Innern kein anderer Weg, um die untragbaren Zustände in Ehrenfriedersdorf zu beenden, als von der ihm in der Städteordnung eingeräumten Verfügung Gebrauch zu machen und aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses die Auflösung und Neuwahl des Stadtratskollegiums zu verfügen.“

— Der landwirtschaftliche Kreisverein Dresden hielt am Montag im Carola-Bad in Pirna seine diesjährige Hauptversammlung ab. Zahlreiche Ehrennächte waren erschienen, u. a. Kreisbauhauptmann Dr. Krug u. Widda und Hofrat Dr. Schöne vom Landesministerium. Nachdem der langjährige Vorsitzende Gemeindevorstand Dr. Andrea die Sitzung eröffnete, erstattete der Geschäftsführer Dr. König Bericht, nach dem der Kreisverein Dresden jetzt 205 Vereine mit einer 17 000 Mitglieder zählt. Nach kurzer Aussprache hielt der Vorsitzende Gemeindevorstand Dr. Andrea einen Vortrag über „Der Scher der Stunde“. Er schloß an die bevorstehende Umgestaltung des Landesministeriums an. Die Nationalisten, die Ernährung des Volkes zu sichern, zwingt zu intensiver Wirtschaft der Landwirtschaft. Die Kulturländer müßten durch eine ansehnliche Verwendung von Stickstoff möglichst ausgenutzt werden. Der Redner kam dann auf die Maßnahmen des Landesministeriums für Verbesserung und Weltweiterhaltung der Kulturländer für Verbesserung und Weltweiterhaltung der Kulturländer an. Alle Kräfte müßten reiflich angepannt werden zum Wiederaufbau des Vaterlandes. — Ausschüsse und Kommissionen schlossen die Tagung.

— Rückgang der Arbeitslosigkeit in Sachsen. Die Zahl der Arbeitslosen in Sachsen betrug am 1. Mai 66 472 mit 146 und 29 682 weibliche Personen gegen 62 427 männliche und 24 233 weibliche Personen im Monat April. Daraus kommen noch 86 133 Kusslar-Schwärmer gegen 87 889 im Vormonat. Der Aufwand für Arbeitslosenunterstützung im April betrug 81 524 842 Mark.

— Freiberg. Der große Schieberprozeß Martner kennt am 27. Juni vor dem Landesgericht Freiberg. Es befindet sich seit vielen Monaten in Untersuchungshaft. Seine Verhaftung erregte seinerzeit das größte Aufsehen und gab Veranlassung zu weiteren Verhaftungen in Leipzig, Dresden (Dofrat Rosenthal und Genossen), Chemnitz usw.

Christlich denkende Arbeitnehmer aller Berufe im Bezirk Leipzig

finden in den christlich-nationalen Gewerkschaften die beste Interessen-Vertretung. Adro: Leipzig, Dittmarshring 3a, Fernruf 2364, geöffnet von 8-7 Uhr

Aus Dresden

Elternratswahlen in Dresden. Am Donnerstag läuft die Frist ab für die Einreichung der Wahlvorschläge für die Elternratswahlen. Die Listen sind beim Wahlvorstand der betreffenden Schule, nicht beim Schulleiter, abzugeben.

Das von der Vereinigung ehemaliger Kreuzfahrer am 10. Juni 7.30 Uhr im Gewerbehause veranstaltete Konzert des Kreuzlers wird die Wiederholung eines der in Holland kürzlich mit außerordentlichem Erfolge gebotenen Programme bringen.

Der Leitertrag des Konzertes soll dazu dienen, das geplante Ferienheim für erholungsbedürftige Kreuzlerkinder zu lassen. Karten sind zu haben Westplatz von 8 bis 2 Uhr Marktstraße 211.

„We hi Je“. Das großzügig angelegte, vom schönen Wetter begünstigte Weiser-Dirch-Fest, welches das gesamte Personal unserer beiden Staatstheater zugunsten der Deutschen Bühnengenossenschaft veranstaltet hatte, hatte am Sonnabend ein zahlreiches Publikum nach dem Waldpark, Parkhotel und Kurhaus am Weissen Dirsch gelockt.

Dann e-het Irlie Zum Festspreiße Der erste Wagen durch den Wald!

M. Dellinger.

Hans Jastorff. Am 6. Juni verschied nach langem schweren Leiden in Schwäbisch-Gmünd, wo er Genesung suchte, der Operettentenor des Reichstheater, Hans Jastorff.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden-N. Der Volksverein für das kath. Deutschland, Dresden-N., veranstaltet am Donnerstag den 9. Juni auf der Waldschlösschen-Terrasse, Schillerstraße, sein beliebtes Sommerfest.

Dresden-N. Der katholische Arbeiterverein hielt am Sonntag, den 5. Juni, seine Monatsversammlung ab. Den Vortrag hatte Herr Pfarrer Dr. Vöttinger zu halten.

Parteinachrichten

Pirna. Jungzentrum. In der Raifung am Montag den 30. Mai sprach in feierlicher Weise Herr Friedmann über die Gründe, die zur Annahme des Ultimatum geführt haben.

Madebul. Die Ortsgruppe Löhnhilfsvereine der Zentrumspartei hatte am Freitag den 4. d. Mts. im Restaurant Vahnhof Weintraube eine Versammlung abgehalten.

Gewerkschaftliches

Zum Lohnkampf in der Ziegelindustrie

Der Gewerbeverein Deutscher Ziegler, Bezirk Leipzig, macht uns folgende Mitteilung: Der Fabrikarbeiterverband beschloß sich zu wiederholten Malen mit dem Gewerbeverein Deutscher

Ziegler, Bezirk Leipzig, mit der erkennbaren Absicht, das Ansehen dieser Berufsorganisation herabzubringen.

- 1. Es ist nicht wahr, daß der Gewerbeverein Deutscher Ziegler hier Streikarbeit geleistet oder solche zu leisten versucht hat.
2. Von einem Rundschreiben des Landesverbandes der Sächsischen Ziegler ist uns nichts bekannt.
3. Es ist ferner nicht wahr, daß der Gewerbeverein Deutscher Ziegler billiger arbeitet, und so den Geldbeutel der Unternehmer schilt.

Somieski.

Literatur

Ein neues Buch vom Prinzen Rog von Sachsen

Im Verlage von Emil Bahl-Dresden erscheint soeben ein Buchlein des Prinzen Rog von Sachsen, betitelt: „Katholizismus und Nationalismus“.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil: I. B. Wilson-Kenne; für den Inseratenteil: Josef Rohmann.

Geschäftliches

Für jede Mutter interessant ist die Lektüre des soeben erschienenen Buches mit 50 Abbildungen: Wie ist es möglich, eine Rückgratverkrümmung ohne Verunstaltung zu verhindern?

Vereins- und Partei-Anzeiger

Volksverein f. d. L. D. :: Dresden-Neustadt

Das so bekannte und beliebte

Sommerfest

bestehend in Gartenkonzert, Kinderbelustigungen, Gabenlotterie, Theater und anderem mehr

findet am Donnerstag den 9. Juni 1921 auf der Waldschlösschen-Terrasse, Schillerstraße, statt.

Abends Tanz.

Eintritt: 1.00 M. und 40 Pf. Willeststeuer, Kinder unter 14 Jahren 40 Pf. und 10 Pf. Willeststeuer.

Alle Mitglieder unseres Vereins, sowie alle Freunde und Gönner desselben laden herzlich ein

Kreuzbündnis V. a. K. Bezirksverband Leipzig

Sonntag, 12. Juni, abends 1/2 8 Uhr (pünktlich) im Gesellenhaus, Wiesenstraße 23

Vortrag

des H. H. Kamillianerpater Franke, Berlin über:

Ein Blick in dunkles Leid und tiefe Not

Anschließend Darbietungen der Kinder- und Jugend-Abteilung, Volkstänze und Volkslieder.

Löbau (Sa.) St. Bennoverein

Sonntag den 12. Juni

Ausflug nach Sonneberg

Stellung: Nachmittags 2 Uhr am Rondell

A. Lorenz, Vorsitzender.

Zentrumsverein Schirgiswalde

Freitag, den 10. Juni, abends 8 Uhr:

Öffentliche Versammlung in der „Weintraube“

Redner: Herr Abgeordneter Heßlein

„Die politische Lage, bes. die Schallfrage im Lichte des Reichschulgesetzentwurfes“

Am zahlreichsten Besuch Bittet

Der Vorstand.

Der Katholische Akademiker-Ausschuß an den Hochschulen Leipzigs

ladet ein zum Vortrag über:

„Wir Katholiken und das Theater“

von Dr. Thelemann, Berlin (Galvan-Gesellschaft), am Donnerstag, den 9. Juni, pünktlich 8 Uhr abends, im oberen Saale des „Deutschen Hauses“, Königsplatz

ang. hist. W. Thalhauser. Hochschullehrer W. Beyer.

Seidenstoffe

Spez.: Braut- und Hochzeitskleider

Julius Zschucke

Größtes Sammel- und Seidenlager in Sachsen.

Seiden-Bänder.

Dresden An der Kreuzkirche 2. Erdgeschloß und 1. Stock.

Holz-Grabkreuze! Holz-

dauerhaft, gr. Auswahl, Tischlerei Dresden, Holbeinstr. 57

Stadt-Café am Zwinger und Postplatz 1068 Inhaber O. Metzger

Druck von Massenaufgaben

Zeitungsbeilagen, Flugblätter, Anschläge ein- und zweifarbig, in Flach- oder Rotationsdruck, liefert schnell u. preiswert

Saxonia-Buchdruckerei G. m. b. H., Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46 :: Fernspr. 21366

Felix Jost, Leipzig 117

Leder-Handlung - Eilenburger Str. 51

empfehl

Holzschuhe, Brauerschuhe u. Pantoffel en gros

Bitte fordern Sie Preise ein.

Metallbetten, Damen Schneiderei Fr. Helene Bär, Schuhmannstr. 64, hochpt. zwischen Dürerplatz und Blasowitzer Straße

ZWEITE AUFLAGE

In unserem Verlag ist erschienen:

OSTRO das „sächsische Troja“

von Pfarrer Paul Scholze, Löbau

Der geschätzte Verfasser hat seinen im Sankt Benno-Kalender seinerzeit erschienenen, mit großem Beifall aufgenommenen Aufsatz erweitert und in einer Sonderbroschüre veröffentlicht.

Die schnell vergriffene erste Auflage empfiehlt das schmacke Büchlein von selbst. Zu beziehen durch jede Buchhandlung, durch den Verleger oder direkt vom Verlag SAXONIA-BUCHDRUCKEREI

G. m. b. H., DRESDEN-A. 16, Holbeinstraße 46

Preis 1.00 Mark, mit Porto 1.15 Mark

Oberschlesiens Selbstschutz

Von General d. Inf. a. D. Lequis

II.

Der Oberschlesier fühlt sich auf Grund der Erfahrungen seit der Revolution in seiner unglücklichen Lage nicht genügend beachtet und seit der Enteignung vom Reich und Bruch des Bündnisses verlassen. Er glaubt, daß seine zahlreichen Hilfserfolge ungeachtet oder wenigstens erfolglos verbucht sind und vermehrt zum mindesten die nötige Aufklärung, warum die Regierung nicht helfen konnte bzw. bis zu welchem Grade ihr dies nur möglich war. So kommen auch jetzt wieder zahlreiche Klagen aus dem Auffstandsgebiete über Mangel an Aufmunternden, das Rückgefallen der Nachrichten aus Deutschland, da die Zensur in den Zeitungen nur das Gegenteil zuläßt. Berlin ist den Oberschleslern zu weit, es sieht im Rufo eines geringen Interesses, zu vieler eigenen Sorgen, um der ober-schlesischen Lage stets und ständig die Aufmerksamkeit und Hilfe zu widmen, die notwendig wäre. Darum erklären sich die immer wiederkehrenden Wünsche und Bestrebungen, den Schwerpunkt der Leitung der ober-schlesischen Geschichte in irgend einer Form von Berlin nach Breslau zu legen. Wie auch die Entscheidung der Entente ausfällt, die ober-schlesische Frage ist damit nicht aus der Welt, zum mindesten nicht aus der osteuropäischen Politik geschwunden. Bei dem innigen Zusammenhang der schlesischen Länder wird das übertragene Breslau die geistige, wirtschaftliche und politische Zentrale bleiben, was auch mit Oberschlesien im einzelnen geschieht. In Breslau wird der Pulsschlag des Südostrons unseres Vaterlandes am besten zu fühlen sein, dorthin gehört also auch die überragende Vertretung der deutschen Regierung, die es versteht, die Parteien wenigstens auf völkischen außenpolitischen Gebieten zu einigen. Aber so lange alle Dinge, selbst die Fragen der nächsten Existenz des deutschen Volkes durch die Parteien angefaßt werden, können wir uns in politischen Erfolgen nicht einmal mit den kleinsten Mandatstaaten Deutschlands, geschweige denn mit dem national einheitslichen Polen messen. So hätten wir zu wünschen, daß die Politik der Oberschlesien sich nicht um die Parteien der zentralen Welt drehen sollte, sondern sich um das Zentrum zubewegen, das auf dem europäischen Festlande, seinerseits einen Diktator zu stellen mit dem Ziele, einen ober-schlesischen neutralen Staat zu gründen. (Diese Forderung ist natürlich das Produkt mehrheitssozialistischer Fortschrittlichkeit. Sie zeigt, daß bei solchem Mitstreiten kann die innere Freiheit der Völkerei, der völkische Zusammenhalt gegenüber der Außenwelt, der Grundlage jeglichen Aufstieges aus unserem Elend sowohl für Oberschlesien im Kleinen, wie für Deutschland im Großen??)

Doch da bin ich als Soldat stark in die Politik hineingeraten und sollte es gerade heutzutage heißen: Schuster, bleib bei deinen Leisten! Aber ich gebe ja auch nur das wieder, was ich in Oberschlesien gehört habe und schließlich muß ja auch jeder sich so viel politische Verständnis aneignen, daß er mit voller Überzeugung an seiner Stelle seine ganze Kraft zum Aufstiege des Vaterlandes einsetzen kann. Aber nun zum militärischen und damit zum Selbstschutz Oberschlesiens und zur Bekämpfung des polnischen Aufstandes zurück. Die Insurgenten werden auf 80.000 bis 100.000 Mann geschätzt. Der Aufstand ist seit Jahr und Tag vorbereitet, die Waffen dafür bereit gelegt, die Organisation militärisch aufgezogen. Die Insurgenten sind in größeren Verbänden, Divisionen und Regimenten gegliedert, und wenn auch in Zivil gekleidet, so doch mit allem Heeresgerät bis zu den Feldküchen herunter versehen. Polnische Generalstabs-offiziere sind bei Verhandlungen beschäftigt. Die Franzosen unterstützen die Polen verdeckt und offen in jeder Weise, einzelne französische Offiziere und Mannschaften sind mitkämpfend beobachtet. Geistre und schwere Artillerie ist an einzelnen Stellen ins Gebiet getreten. Regulares polnisches Militär, vor allem Balleetruppen kämpften in Biala, hier und da auch in Uniform mit. Hinter der Insurgentenarmee stehen starke reguläre polnische Kräfte an der ober-schlesisch-polnischen Grenze.

Die Grenze selbst ist auf dem Papier gesperrt, in Praxis offen, denn sie tatsächlich zu sperren, ist weder der Pole noch der Franzose gewillt, letzterer auch zahlenmäßig dazu nicht in der Lage. Daher kann und wird die Insurgentenarmee fortlaufend durch Personal und Material der polnischen Armee genährt. Dies bleibt besonders auch für die Wiederherstellung des Status quo zu beachten. Es ist nicht anzunehmen, daß der Pole das erreichte ohne härtesten Kampf wieder herabst. Selbst ohne ein offizielles Einreisen der polnischen Armee wären untererlebens zur Vereinigung Oberschlesiens mindestens zwei Divisionen wohl harter Schutzbolzen und der Wirtinnung des Selbstschutzes nötig. Doch ist das nur eine theoretische Betrachtung, denn Polen würde, selbst wenn Frankreich durch England zurückgehalten würde, dem nicht tatenlos zusehen. Ein Krieg Deutschlands mit Polen wäre die Folge. Ob dann aber die Entscheidung auf ober-schlesischem Boden fällt, ist sehr die Frage.

Bei der Beantwortung dieser Frage entbehrt mich der Rumors der Engländer und Oberschlesien. Offensichtlich erreichen sie in genügender Stärke. Die bisher ausgesprochene eine Division erscheint reichlich schwach, wenn man auch das politische Gewicht der Engländer hierbei nicht unterschätzen darf.

hoffentlich werden auch die Italiener in gleicher Weise verstärkt. Die französischen Truppen sympathisieren zu sehr mit den Polen, zum Teil unterstützen sie diese offen. Ansehenswürdig sind mehrfach Gebietsstellen unter Ausdehnung der Garnisonen nur deshalb von Franzosen an Stelle von Italienern besetzt, um sie den Polen desto sicherer in die Hände zu spielen. Eine Wiederherstellung des alten Zustandes mit französischen Truppen ist daher ausgeschlossen. Vielleicht aber hilft hierbei der ober-schlesische Selbstschutz unter englischer Oberleitung und wird damit seiner Aufgabe gerecht, sein Heimatland von der fremden Invasion zu befreien. Wer gesehen, welche Begeisterung, welcher Talentreichtum diese Männer besitzt, begreift, wie schwer es ihnen wird, sich der höheren Einsicht unterzuordnen, daß es nicht im Interesse des gesamten Vaterlandes liegt, wenn sie gegen den Willen der Entente über den Rahmen des Selbstschutzes hinaus an das insurgierte Gebiet vordringen und sich damit ebenso wie Korinth außerhalb des nun einmal für Oberschlesien gültigen Ententebereiches sehen. General Hölzer ist der geeignete Führer, seine mit Recht entrüsteten Oberschlesier in der Hand zu halten und ihre Kraft für den Augenblick des Handelns aufzusparen. Wir sehen, wie der Selbstschutz schon fest und erfolgreich einreißt, wo die Aufständischen sich regen, wie er ihrem weiteren Vordringen einen Riegel vorschickt und sich dabei das, was ihm die von der Entente erzwungene Korrektur Deutschlands, verleiht, die Manieren und sonstigen Waffen meist Munition, vom Feinde holt, der damit reichlich von Polen her unter französischer Oberaufsicht versorgt wird. Hoffentlich läuft aber der Selbstschutz Oberschlesiens nicht wie die meisten anderer bisheriger Hoffnungen auf eine Enttäuschung hinaus, indem die Ententetruppen sich nur zwischen Korfantis und unserer Selbstschutz schieben und der Zeit, das heißt dem in Gemütsruhe tagenden Obersten Rate die Entscheidung überlassen, die dann wie bisher immer dem Kompromiß der mittleren Linie auf dem Wege des Aushandels findet. Doch diesmal scheint allerdings England seine eigenen Interessen am Streichobjekt selbst, an Oberschlesien bis aufs äußerste vertreten zu wollen. Jedemfalls, die bisher immer eintätigen Oberschlesier werden vorläufig weiter wie bisher der Ungewißheit anheimgegeben, doch eine Gewißheit sollte alle Deutschen beseelen: was deutsch ist, wird auch in Zukunft deutsch bleiben, selbst wenn es uns vorübergehend entziehen wird! Und je größer und selbständiger diese Teile sind, je mehr sie auf deutscher Kultur aufgebaut sind, und je mehr Deutsche mit ihnen in die Fremdberschaft wandern, um so früher werden wir ihre Rückkehr ins gemeinsame Vaterland begrüßen! Wäre es nicht so, sind wir nicht wert, uns Deutsche zu nennen!

Die Hochkirchliche Vereinigung in Deutschland

A. A. Inmitten der Auflösungsneigungen, die in vielen von der katholischen Kirche getrennten Religionsgemeinschaften zu beobachten sind, treten in neuester Zeit auch Bestrebungen hervor, die in Verbindung mit den Ordnungen des Gottesdienstes und religiösen Lebens wieder zum frühesten Christentum zurückzuführen wollen. So entstand in Deutschland im Sommer 1918 die Hochkirchliche Vereinigung, von zwei evangelischen Geistlichen, den Herren Heinrich Hansen in Rupp (bei Schleswig) und Heinrich Rasel in Seefeld (Märkisch) gegründet. Hochkirchlich nennt sich die Vereinigung; das will heißen „hoch von der Kirche haltend“. Man will eine starke Betonung der Kirche, des Amtes, der Sakramente, der Liturgie; man beabsichtigt, ein „notwendiges Gegengewicht“ zu schaffen „gegen die übertriebene Betonung des Laienelementes und gegen die Beschränkung der evangelischen Kirche auf bloßes Protestieren gegen Rom, gegen die Verengung der evangelischen Art in bloßen Negationen, von denen doch niemand satt wird...“ Wohl ist die Mitgliederzahl noch verhältnismäßig gering, aber es herrscht Begeisterung in den Kreisen der Hochkirchlichen Vereinigung, Opferbereitschaft und rege Tätigkeit, insbesondere in literarischer Richtung. Das monatlich erscheinende Organ führt den Titel „Die Hochkirche, Wochenblatt der Hochkirchlichen Vereinigung G. V.“ Sie vertritt die Ideen der Vereinigung in oft munterhaften Darlegungen und verdient auch auf unserer Seite größte Beachtung.

Das Bestreben der Hochkirchlichen Vereinigung geht darauf hinaus, an die erste Kirche anzuknüpfen und eine Einigung der „gesamten Christenheit“ zu erzielen, damit nach dem Gebete des Herrn ein Hirte und eine Herde werde. Die Grundgedanke, welche sie aufstellt, hat, geben im einzelnen an: Ausgestaltung der Kirchen der Reformation hinsichtlich ihrer Verfassung und ihres Kultus; volle Selbstständigkeit dieser Kirchen in kirchlichen Dingen; Kirchenfestungen, welche durch keine Mächten behindert sind, das Bekenntnis zum Evangelium und die kirchlichen Interessen, wo und wem gegenüber es sei, mit Nachdruck zu vertreten; Durchführung der biblischen Verfassung, die auch dem Geiste der hl. Schrift gemäß ist; mahndolles Zurücktreten der Presbiter, Förderung der Sakramente und ihres objektiven Charakters und reichere liturgische Ausgestaltung des Gottesdienstes, Übung derselben durch Kirchen- und Musikanten, Musik, reicheren Choral usw.; wirksame Reform der Reichs- und

Abendmahlspraxis, Wiedereinführung der sakramentalen Leibspeise, gebührende Würdigung der frommen Hebung, also Kirchengesang, Gebetsstunden, evangelisch-katholisches Leben, Anstreben eines größeren Einflusses der Kirche auf das Volkstleben; Betonung und Stärkung des Bewußtseins der evangelischen Christenheit, zu der „Gesamtchristen“ zu gehören. Besonders Interesse dürfen die Ausführungen in der „Hochkirche“ über den Charakter der Abendmahlspraxis, über die Kirchenbeichte, die Schaffung einer Liturgie und die Gründung eines Heidenlebens (allerdings ohne die Heiligkeit) haben. Professor Sarasin hat einmal gesagt, der Katholizismus sei die zum Geis gewordenen apostolische Tradition, er hat nicht Unrecht. Die hochkirchliche Bewegung führt viel Katholisches mit sich. Sie erfährt denn auch, namentlich am Anfange, viele Anfeindungen aus evangelischen Kreisen. Mit der Zeit allerdings, die Verfolgung katholischer Tendenzen, wollte man sie vernichten. Doch die Energie und der stillige Ernst der Mitglieder der Vereinigung überderte die Situation, es traten neben den Gegnern auch einflussreiche Freunde auf, welche die Ideen und Bestrebungen mit Erfolg verbreiteten. Eine solche sympathisierende Haltung nahmen u. a. ein die „Preussische Kirchenzeitung“, das „Dännebergische Sonntagblatt“ und die „Monatsschrift für Pastoraltheologie“.

Die Hochkirchliche Vereinigung wünscht eine Ausgestaltung der Kirchen der Reformation, will also auf protestantischem Boden stehen bleiben; es soll jenen aller kirchlicher Geist in katholischen Formen mitgeteilt werden. Katholisches Wesen soll aus protestantischer Einstellung erwachsen. Eine derartige Mischung katholischer und protestantischer Prinzipien stellt ohne Zweifel eine schwierige Sache dar; die Beeinträchtigung objektiver christlicher Normen ist mit subjektivem, individuellen Erleben zu einigen. Es mag im protestantischen Geiste begründet sein, daß die Vereinigung sich noch wenig mit den Grundansätzen befaßt hat. Sie steht auf dem Fundamente des Gottes- und Christusglaubens, und dies scheint ihr zu genügen. Andere Wahrheiten finden nur insoweit eine Erweiterung, als sie mit den Bestrebungen auf nichtdogmatischen Gebieten zusammenhängen. Das gilt zum Beispiel von dem Charakter der Abendmahlspraxis, zu dessen Erörterung die Hochkirche auch einem katholischen Theologen im weitesten Sinne das Wort gab. So verhält sich die Vereinigung trotz aller Hochachtung der katholischen Werte, trotz der Bekanntheit, daß sie verloren zu haben, und trotz der Hebrerzeugung, die nur aus der katholischen Kirche wieder erhalten zu können, dieser gegenüber ziemlich ablehnend. Man unterscheidet zwischen Katholikität und Katholizismus. Erstere erstreckt man, letzteren weist man zurück, mitunter in entscheidender Form und mit der Meinung, eine Kompromittierung einzunehmen. Der Primat des Papstes, die Unfehlbarkeit der Kirche, der Glaube an den absoluten Wert der römisch-katholischen Kirche als der allein von Christus gesendeten Kirche sind die hauptsächlichsten Momente, an denen man Anstoß nimmt. Dem verleiht auch Pastor Hansen in „Erich und Nigol, 96 Streifzüge gegen die Irrtümer und Widersprüche unserer Zeit“ Ausdruck, die er zum Jubiläumfeste der Reformation veröffentlichte (abgedruckt in der „Hochkirche“ 1921, Nr. 3). In diesen hebt er freiwillig die Vorzüge der Katholikität und die Schäden, welche die Reformation im Gefolge hatte, hervor, leidet indessen den Primat des Papstes auf das schärfste ab. „Ein Primat irgend eines Bischofes ehrenhalber und nach menschlichem Rechte kann unter Umständen zugestanden werden, ist aber nicht unbedingt notwendig.“

In Nebereinstimmung mit dem Verlangen nach Katholikität erstrebt die Hochkirchliche Vereinigung den Zusammenbruch aller christlichen Kirchen. Das bekundete sie auch gelegentlich des Weltkongresses über Glauben und Kirchenordnung, dessen vorbereitende Sitzungen im August 1920 in Genf stattfanden, woran sie hierzu keine offizielle Einladung erhalten hatte. Keusere Beziehungen hat sie anaeknüpft mit dem Altprotestantismus, bei dem sie in Kultus und Kirchenordnung das findet, was sie sucht, und nicht durch obenbenannte Lehren abstoßen wird. Sie übersteht allerdings, wie wenig gerade diese Kirchenreform an der Katholikität Anteil hat! Zum Katholizismus aber sieht sie gar manche Darstellungen in der „Hochkirche“ an erkennen, das Sehnen des Herzens, das sich jedoch nicht durchsetzen kann. Die „Hochkirchliche Vereinigung“ schließt sich dem Auftakte zu der Welt-Gebetsstunde vom 1. bis 15. Mai an, den die Weltkonferenz über Glauben und Kirchenordnung erlassen hat, um die Wiedervereinigung der christlichen Kirchen von Gott zu erwirken.

feinbäckerei und Konditorei
Dresden · A. Otto Frenzel · Borsbergstr. 25
 Fernsprecher 30322
 empfiehlt seine bekannt vorzüglichen
Bak- und Konditoreiwaren jeder Art

Der Wänselhub

Sächsisch-Vorleser von Dina Ernstberger (Nachdruck verboten.)

(28. Fortsetzung.)

Der Webermichel war ganz rot geworden vor Freude über das gepredigte Lob.

„No Reiz! Wenn ich ehst des net könnt. Die Musikant, die so mei Lebzig scho auf unsem Haus. Rei Herre hat ich Trompeten blasen und mei Vater a; da werd ich blasen aber doch verhe.“

„Ei! macht dir aber la gualter nach.“ Sprach der Schmiedbauer dahinschauend. „Da sollt der Joseph ehst amal dein Hofenwonnere hören. Doch Reiz! No, der sollt hören. Wie bist denn du zum Schuster-Joseph kommt?“

„Ich! brachte Hannis Besicht wie ein Vollmond.“

„No, well, ich wist garnet, da a Reiz gemacht hab mei in die Stadt? Da hab ich halt en Joseph an gleich besucht. Hob-dannerkeill mei Liebs, des is auch a seiner Kund. Sei Hans is gedher nu wie unser Kirchen, und Kammeru sen da drinna -- no, Reiz und inner! Unsem Herr Lehrer sei seine Stuben, des is a Habadred dagegen. Die Puhböden, die sen so sauber gepflegt, daß da manst, es is a Spiegel anstalt Bretter. No! Dieha! Ich hab da sei net drauf spuden trout und schmecken scho gleich gar net. Ich hab mein Kasen wie die feine Lent no an mein Holzfutter puht.“

„Dah du da doch net traust, hast, Hanni, du hast häll ich meilschlag die weiß Kurasche gehabt.“ unterbroch der Webermichel, seines Freundes führen Mit bewundernd, den Erzähler.

„Doch Hanni lich ihn nicht weiter sprechen, die Worte sprengeln ihm nur so heraus. Ihn jagte förmlich eine wilde Angst, er möchte noch mal unterbrochen werden und die Aufmerksamkeit der zahlreichen Zuhörer könnte durch irgend einen Vorfall von seinem interessanten Vortrag abgelenkt werden.“

„Wenn ma ins Haus nei geht, gleich linker Hand is a Hans, älteres Säustle.“führ er eifrig fort. „Da host Tag und Nacht a Portier drinna.“

„Was? A Portier? Was is denn eha des für a Vieh?“ unterbroch der wiffigerine Schmiedbauer schnell Hanni.

„Ma sollt net denken, was für Dings gibt auf dera Welt.“ meinte der philosophisch angehauchte Webermichel sinnend, „von so an Vieh hab ich mei Lebzig no neg gehört.“

„Ei! glaub ich schon; as is ja gar lei Vieh, des is a Mensch.“ erklärte Hanni, die Dummheit seiner Zuhörer siel

verlassend. Er dünkte sich in diesem Moment unendlich erhaben über die Unwissenheit seiner Zuhörer.

„Das gehört, du Hanni, läg uns sei net gar so an; Zier is allaweil la Mensch. Wenns Kägen jagst, dann hältst dei Maul.“ Ganz erregt rief dies der Schneidersöjg, der selbst gern Hannis Reiseerlebnisse genossen hätte, neidisch über den Tisch herüber.

„Donnerkeill! Sag mir noch amal, daß ich läg! Kann ich da was dafür, wenn du so dumms bist und des net verstehst.“ Hanni war aufgesprungen, ganz rot war er geworden vor Zorn bei dieser Verhöhnung. Wer weiß, was nicht alles geworden wäre, wenn der friedliebende Webermichel den Tiefseeräubern nicht energisch auf seinen Platz zurückgedrängt hätte. „Wohl! Wohl!“ rief er beruhigend dazwischen. „Rei freien, Weis, Hanni, ich kann des schon a net recht versteh; a Zier is allaweil la Mensch; da hat der Görg schon recht. Du kannst dich doch verprechen a ner haben; erzähl halt weiter, wie die Sach sich da verhält.“

Hannis Entrüstung über die Bosheit des neidischen Görg war noch so groß, als daß er sofort wieder ruhig weiter erzählen hätte können. Minutenlang sah er stumm und ansehend ganz gleichgültig wieder in seiner Ecke. Der Quaal aber, den er in kurzen, heftigen Stößen aus seiner großen Ulmer Tabakspfeife entzündete, sprach nur zu deutlich von dem heftigen Ausrubr in seinem Innern. Erst als der Webermichel zum zweiten Male dringend aufforderte, doch weiter zu erzählen, würgte er heftigsten seinen Groll hinunter. Es hätte ihm ja auch das Dera abgedrückt, wenn er seine interessante Reisebeschreibung nicht zu Ende hätte führen können. Er räusperte sich einige Male und machte noch einige recht ausgiebige Züge aus seiner Pfeife und dann fuhr er mit seiner Erzählung weiter.

„Ein Portier ist kein Tier, wenn er auch Portier heißt.“ begann er, redlich bemüht, in möglichst reinem Hochdeutsch genau so, wie es der Herr Portier auf der Kanzel macht, seinen Vortrag zu halten. „Also ein Portier ist ein Mensch, der wo die ganze Wochen in ein Haus gläsern Händla host und angezogen ist, as wie der Kff, den vor zwei Jahren die Kunststreiter dabei gehabt haben.“

„Leut und inner! Für was is denn ehst so a Kerl da auf der Welt?“ rief man von verschiedenen Seiten her.

„Zu was? Da fragt ihr mich umsonst. Da gibts gar viel, mei liebes Männer, wo man net weiß, zu was und wie.“ erklärte Hanni weiter. Er füllte sich nun wieder ganz Herr der Situation. „A lausen Kerl rum, wie ihst wöllt, in seine schwarze Spenser. Ich hab net gesehn, dah aber net was gearbeitet hätt. No ja, was sollens a tun? Wiech habens ja net, die Leut, und a net Felder. Wo sollst denn da Arbeit geben?“

„Was tut denn net der Joseph mei die Leut noch zu kam?“ unterbroch der Webermichel Hannis Vorlesung.

„Der Joseph, der is reich, muß wissen, mei Liebs. Der macht sich da vielleicht a Unterhaltung draus. C. Leut und inner. Der kauft uns alle drei Tag lang gezeihr hulen und sei Geldbeutel läst net jüren. Die Schiffervordl hat an Hans an Schullers Peter gemacht; der Joseph jacht den all sei Schulden weg.“

„Arbeits hat er sich des net, der Joseph; er hat halt gepfeilt in der Lotterie. Soll denn man koon. Hab a amal a Los um zwei Mark kauft. Wers Glück hat, haben säll. Ich hab net kriegt und den bats plüdt.“ Sprach der Schulzenbauer aufstehend über den Tisch herüber.

Wie elektrisiert redete der Schneiderbörg plötzlich stolz den Kopf in die Höhe. Er hatte sich vor einigen Wochen erst ein Los für 50 Pfennig gekauft, das in den nächsten Tagen gezogen werden mußte.

„Du machst bon auser Lotterie hat er sein Geld, Schulzenbauer?“ fragte er aufgeregt.

„Woher denn kauft! Des hat mei Arala selgen schon allweil gefangt und des is wahr; wer net gewinnt und net darbt, der Meist arm, bis er sterbt.“

„Wie teuer hat er wohl as Los da kauft?“ forschte Görg weiter.

„Künftag Wiening, a Mark zwei Mark; Förder gibst gar lei.“ erklärte er aufflarend der Schulzenbauer.

„Hoh Donnerkeill! Soll denn ich weiß, daß du recht hast, Schulzenbauer, ich kaufst mir gleich morgen a Los.“ meinte der lange Webermichel.

Görg lächelte still aufrieden vor sich hin und schweig. Er dachte an sein Los. Wer weiß, wie es in einigen Wochen bei ihm ausfällt. Vielleicht wohnt er übers Jahr auch in einem feiner, großen Hause, wo ein Portier drin ist im älteren Häußchen. Reiz aber! Das wollte er ja gar nicht. Er würde sich dann, wenn er wirklich so viel gewinnt, den ganzen Tag auf den Heuboden hinauflegen und die Pfeife rauchen und Wert trinken. Das wäre ihm viel lieber, wie so ein feines Haus, wo man sich gar nicht auf den Boden zu senden und zu schmecken geatant. Er war so verliebt in seine Gedanken und so eifrig bei der Arbeit, Aufsichtlicher zu bauen, daß er gar nicht hörte, was Hanni noch weiter erzählte.

Erst als die Unterhaltung ganz leise, nur für den Tisch verständlich geführt wurde, merkte er auf. Als er nun gar noch den Namen Hanni nennen hörte -- seine Tochter ließ nämlich so --, sprang er auf von seinem Sitz und grünte seinen dicken Schidel dreist zwischen die Köpfe der Zuhörer.

(Fortsetzung folgt.)



Die Tragödie eines Volkes vor Gericht!

Vor einem Berliner Schwurgericht endete ein Nordprozess, der eine ganz gewaltige politische Bedeutung hat. Dieser Prozess enthält das geradzu grauenhafte Schicksal des armenischen Volkes. Während des Krieges haben wir dank der Zensur über all diese Dinge nichts erfahren. Was inzwischen über die Tragödie des armenischen Volkes verlaulbart ist und was in diesem Prozess zur Sprache kommt, ist so erschütternd, daß die ganze Welt gezwungen sein wird, sich mit diesen Dingen zu beschäftigen.

Angelagt war ein junger Armenier des Namens an dem ehemaligen türkischen Staatsmann Talaat Pascha. Das die Phanatisten sich an Greueln nur ausgedenken vermögen, hat dieser noch verhältnismäßig junge Mann unmittelbar miterlebt. Er wurde mit seinen Eltern vertrieben, Vater und Mutter wurden vor seinen Augen erschlagen, seinen Brüdern ging es ebenso, seine Schwächern wurden vor seinen Augen in der schmachvollsten Weise entwürdigt. Als er sich zur Wehr setzen wollte, traf ihn ein Schuß. Man rechnete auch ihn zu den Toten, er erwachte schließlich unter einem Berg von Leichen. Er floh immer fortgehend, denn auf die Verbergung eines Armeniers steht in der Türkei der Tod. Als der Urheber dieser Armeniergreuel galt Talaat Pascha, Teilitian, so heißt der freigelebte Mörder, reiste Talaat Pascha überall hin nach, bis er ihn in Perliu ausstundschaffte und dort ihn durch einen Schuß in den Kopf niederstreckte. Zu der Tat will er gekommen sein durch ein Traumgesicht, in dem er die Bilder dieser Greuel wiederholte; seine Mutter habe sich aus den Leichen erhoben und ihm gesagt, du mußt mich rächen, sonst bist du nicht mein Sohn! Daraufhin habe er den Entschluß gefasst, seine Eltern, seine Brüder, seine Schwäger und sein ganzes Volk zu rächen.

Die Beweisaufnahme vor Gericht gestaltete sich zu einem geradzu furchtbaren Erlebnis. Die Zeugen, meist Armenier, gaben graphische Schilderungen über die Vorgänge. Eine Armenierin entwarf aus ihren eigenen Erlebnissen ein geradzu erschütterndes Bild von den armenischen Greueln, die gelegentlich der Massendepportationen durch die türkischen Polizisten und Soldaten gewürtelt haben. Die Frau erzählt von den schrecklichen Erlebnissen ihrer eigenen Familie. Vater, Mutter, Brüder seien weggeschleppt worden; von allen seien nur drei gerettet worden. Die Zeugin erzählt geradzu ungeheuerliche Dinge über die Leidensfahrten, die den Deportierten bereiteten wurden, von den Haufen Leichen, die aufeinander gehäuft lagen, von den Massen, die man aneinandergebunden und ins Wasser geworfen habe, wie man die Unglücklichen am Weinen verhinderte und sie mit Schlägen im Wasser weitertrieb, von der Ermordung der Männer im Angesicht der Frauen, von der Vergewaltigung der Frauen und Mädchen durch die Gendarmen und von der körperlichen Verhöhnung der sich Widersetzenden usw. Diese grauigste Schilderung erregte sichtlich Entsetzen unter der Zuhörerschaft. — Prof. Dr. Kiemer erklärt hierzu, daß die Aussagen dieser Frau vielfach als Ausgeburt einer übertriebenen Phantasie über und ausgelegt werden könnten. Wenn irgend ein Zweifel an dieser Aussage vorhanden sein sollte, so könnte er liegen, daß tausend solcher Berichte notorisch vorliegen. Als ein Verweis auf besondere Mängel über die Armeniergreuel kann das Gutachten des Prof. Lepsius angesehen werden, der sich seit Jahren auf Grund eigener Kenntnis der Dinge und eigener Forschung mit dem Problem der Armeniergreuel befaßt.

Das von Prof. Lepsius vor Gericht erstattete Gutachten hat folgenden Wortlaut: Die allgemeine Deportationsorder wurde im April 1915 vom jungtürkischen Komitee beschlossen und von Talaat als Minister des Inneren und Enver als Kriegminister angeordnet. Die Deportation hat die gesamte armenische Bevölkerung der Türkei mit gewissen Ausnahmen betroffen. Vor dem Krieg gab es 1 500 000 Armenier in der Türkei. Die Ordnung ging dahin, die Armenier in den Nordrand der mesopotamischen Wüste zu deportieren. In einem amtlichen Telegramm heißt es: „Das Verschickungsziel ist das Nichts.“ Das war auch der Sinn der Order. Und für diese Durchführung wurde geforgt. Von der osmanischen Bevölkerung sind kaum 10 Prozent am Ziel angekommen. Die anderen Männer, Frauen, Kinder sind unterwegs durch Hunger, Krankheit, Missetaten, Massaker u. a. m. umgekommen. Die meisten Leisungen liegen die Berichte der deutschen Konsule und des deutschen Vorkonsuls, ers zugunbe. Nach dem Verfall des Volkstums in Konstantinopel sind eine Million armenischer Männer, Frauen und Kinder umgekommen. Günstiger lag es bei den aus Südrußland, Balcien deportierten Massen. Der Weg war kürzer, auch wurden zum Teil Bahnen benutzt. Diese Bevölkerung ist „nur“ bezimert worden. Die Armenier sind systematisch dem Tode entgegengeführt worden. Sobald die Konzentrationslager durch Jnuzug überfüllt waren, wurden die Leute in die Wüste geführt und dort abgeschachtet. Es war keine Umsiedelung, sondern die offene Abtötung, ein ganzes Volk zu vernichten. Es liegen sehr realistische Vorstellungen in deutschen, englischen und armerikanischen Berichten vor. Nur mit den brutalsten Methoden konnte in so kurzer Zeit eine Million Menschen vernichtet werden. Das hat auch das Kriegsgericht, das 1919 Talaat, Enver und andere Jungtürken zum Tode verurteilte, festgestellt. Möglich war die Durchführung dadurch, daß alle Palis, Kriminals, die sich weigerten, mit Abführung bedroht wurden. So besteht ein Kreisverkehr: Jeder Türke, der den Armeniern Unterhütung leiht, soll vor seinem Haus getötet und sein Haus verbrannt werden. So wurde ein Terror ausgedehnt. Verschieden stieben 200 000 Armenier in Konstantinopel, Smirna, Aleppo. Das ist das Verdienst von General v. Liman und des deutschen Konsuls von Aleppo, Köhler. Auch General v. B. als Vorkonsul in Mosul die Verschickungen. Es wird vielfach so dargestellt, als ob die Maßnahmen eine Folge der Ausbeutung der Türkei durch armenische Kaufleute seien. Es war aber keine spontane Volksbewegung, sondern eine administrative Maßnahme. Die kaufmännische Bevölkerung von Konstantinopel usw. ist verschont worden, dagegen die 80 Prozent ausmachende Bauerbevölkerung in die Wüsten verschickt werden.

Die armenische Frage ist eine Folge des Gegenstabes der russischen und englischen Diplomatie. 1895 wurden 50 000, 1896 100 000 Armenier entlich der großen anatolischen Wastereise, ohne daß Enland oder Rußland einen Finger gerührt hätten. Die Publikationen des Auswärtigen Amtes werden zeigen, daß die deutsche Kooperation und insbesondere v. Liman, die beide in aller Welt anerkannt wurden, ganz forrest gehalten haben.

General Creellen Liman v. Sanders fagt den Ausführungen des Professor Lepsius noch einige Bemerkungen vom internationalen Gesichtspunkte hinzu. Alles, was in Armenien geschehen ist, ist in zwei Teilen zu betrachten. Erstens bestand ein Verstoß der jungtürkischen Regierung in dem auf die Deportation der Armenier. Zweitens aber sind die Massaker, die in Armenien stattgefunden haben, daraus entstanden, daß die Armenier sich ihrer Haut wehreten gegen die angedrohte Entmischung, der sie sich nicht fügen wollten und daraus, daß sie zugunsten der Russen gegen die Türken auftraten sind. Die deutsche Regierung hat alle daran, was sie nach Lage der Dinge damals tun konnte. Sie hat in verschiedenen Fällen durch Vermittlung des Vorkonsuls Graf Weizsäcker und des Markgrafen Pallavicini gegen solche Greuel energisch Stellung genommen. In einem besonderen Maße hat sich die deutsche Regierung der Verurteilung eingeschrieben und habe gedrückt, daß ich die Gendarmen tatsächlich lassen würde, wenn ein Armenier deportiert würde. Es ist eine der größten Verleumdungen der ausländischen Presse, daß die deutschen Offiziere und auch die Deutschen an irgend einer solchen Greuelmaßregel sich beteiligt hätten.

Die Schilderungen über die Greueln gegen die Armenier werden durch den katholischen Bischofssekretär Monsignore Scifolis Balsilian, der aus Manchester direkt zum Termin gekommen ist, in gediegenem Deutsch in ausgiebigster Weise bezeugt. Der Zeuge hat sich mehrfach in Armenien aufgehalten, auch im Jahre 1915 und 1916. Er ist selbst dem Schicksal verfallen, deportiert zu werden, hat die furchterlichsten Schicksale miterlebt und weiß, daß ein ganzes Vernichtungsprogramm gegen Armenier bestand und direkt Befehle gegeben wurden, ungezählte Männer, Frauen und Kinder zu töten. Der Zeuge selbst ist nur gewissermaßen durch ein Wunder gerettet worden. Auf Befragen der Verteidiger bestätigt der Zeuge, daß nicht nur in Armenien allgemein die Ueberzeugung herrscht, daß Talaat Pascha der Verantwortliche für die Greuel war und von ihm die Bemerkung gefallen sei: „Ich habe für die Lösung der armenischen Frage mehr getan, als Abdul Hamid in 30 Jahren.“

Das also ist die furchtbare Trauodie des armenischen Volkes! Die Türken hatten sich die systematische Ausrottung des ganzen armenischen Volkes zum Ziel genommen, weil sie in diesem ruhigen, aber christlichen Volke — die Armenier sind hauptsächlich katholisch, ihre härtesten politischen und wirtschaftlichen Konkurrenten haben.

Die Tagung Entschiedener Schulfreier

Von Dr. Max Fischer

In der Woche nach Pfingsten tagte in den Räumen des Frankfurter Rathauses der Bund für entschiedene Schulfreier und war befreit, seine Tagung als Propagandamittel zu benutzen, indem er zu seinen Referaten und Ausreden Gäste einladet und zugleich und durch einen öffentlichen Vortrag, der allerdings im Vergleich zu den internen Besprechungen verhältnismäßig schwach besucht war, auf eine breite Öffentlichkeit zu wirken strebt.

Es muß anerkannt werden, daß der Bund die eheliche Absicht hat, mehr zu leisten als nur demagogische Wühlarbeit gegenüber den bestehenden Schulverhältnissen. Die führenden Köpfe des Bundes wenigstens haben einen durchaus positiv gerichteten Arbeitswille, dessen reine und eheliche Bestimmung man anerkennen muß, auch wenn man ihre Befähigung und Mittel vielfach für unfruchtbar oder gar verfehlt hält.

Als der Führer der Bewegung erweist sich sowohl aus den Verbandschriften als aus dem Verlauf der Tagung Professor Paul Oesterreich (Berlin), dem auch der öffentliche Vortrag anvertraut war. Man hat bei ihm das Gefühl, daß er nicht innerer Vertiefung und religiöser Fundierung lüchelt, daß er kein Wenigen findet an dem revolutionären Strahlentum und dem philtrophischen Kufflerlicht weiter Kreise seiner Willkür. Seine schöpferische Kraft fehlt trotz gelegentlicher Entgleisungen mit richtigem Instinkt das Ehrgefühl, Ruffige und Unpädagogische im heutigen Schulbetrieb und fordert eine neue Gemeinschaftsschule, deren Unterrichts aus einem lebendigen inneren Zusammenhangsbewußtsein von Lehrern und Schülern erwächst. Das werden diese Forderungen nicht mit Fleiß und Mut erfüllt; sehr und klar in der Kritik, springt Oesterreich unermüdlich in methodische Verwicklungen über und findet nicht die Voraussetzungen, von denen aus allein eine Verwirklichung des Ideals der Gemeinschaftsschule zu ermöglichen ist. So konnten in der Aussprache von protestantischer Seite Pfarrer Ernst Klein, von katholischer Seite der Verfasser dieser Zeilen, dem Theoretiker des Bundes wirkungsvoll entgegenhalten, daß die Ueberwindung unseres mechanisierten Schulbetriebes durch eine wahre Gemeinschaftsschule nur dort möglich ist, wo eine ganz bestimmte Gesinnung und ein bestimmtes Erziehungsideal eine tiefere innere Verbindung zwischen allen Gliedern der Lehr- und Lerngemeinschaft schafft.

Das Gymnasium allen Stiles hat vor allen seidem entstandenen Schulformen wenigstens das voraus, daß es nicht eine unzulängliche Kompromiß darstellt, sondern aufgebaut ist auf einer ganz bestimmten Bildungsidee, auf der Ueberzeugung von der Ueberlegenheit und unzerstörlichen erzieherischen Kraft der antiken Kultur. Man kann diese Veranschaulichung der Antike in Zweifel ziehen; aber man hat nur das innere Recht, gegen diese schwerwichtige und verbienliche Institution aufzutreten, wenn man ihr den Ruf einer neuen Bildungstätte entgegenzusetzen hat, die von einer höheren Kulturidee erfüllt ist und diese nun konsequent in ihrem Erziehungs- und Bildungsplan verwirklicht.

Hier nun aber ergibt sich die sonderbare Tatsache, daß die entschiedenen Schulfreier, so sehr sie sich auch mit ihrer revolutionären Bestimmung brüsten, die grundfällige Erneuerung unseres Schulbetriebes ohne revolutionäre Ueberwindung der schlimmsten herrschenden Vorurteile anpöden. Ihnen ist immer nur die Methode des Unterdrückens, nie sein Inhalt problematisch und erneuerungsbedürftig. Auf der ganzen Tagung tauchte in den Referaten und Diskussionsbeiträgen der Mitglieder des Bundes auch nicht ein einziges Mal der Zweifel auf, ob denn der heute geforderte Wissensstoff wirklich lernenswürdig sei, ob er nicht vielleicht die Kraft des jungen Menschen unzulänglich gerichtet, statt sie auf das eine zu konzentrieren, das not tut. In dem Referat zum Beispiel, das dem Geschichtsunterricht gewidmet war, machte Dr. Steinfried Kawerau den entsetzlichen Vorklang, die soziologischen Dogmen eines Lamprecht und Müller-Eber den Geschichtsstunden zugrunde zu legen, oder die grundsätzliche Frage tauchte nicht auf, die doch aller wesentlichen Reform voraussetzen müßte, ob überhaupt und eventuell welchen Wert Geschichtsunterricht für die Charakterbildung und geistige Entwicklung des jungen Menschen haben soll.

Hier wird jede wesentliche Schulreform einsehen müssen, indem sie von einem neuen Lebensideale aus den Wert der einzelnen Wissenschaften prüft und erst dann die formale Frage der Methode aufwirft. Der wahrhaft armselige Vortrag von Frau Alice Müller-Oesterreich über „Lebensreform und Schulfreier“ war ein in trivialsten Kleinigkeiten sich bewegendem Crauß gegen Mabelarbeiten und unrichtigste Hausführung und rührte auch nicht von fern an jene Revolution der Seelen, deren unter in materialistischem Denken und Handeln verkommenes Volksteil bedarf, jene religiöse und eheliche Erneuerung, von der aus allein auch eine wesentliche Reformation unseres Schulwesens einsehen kann.

Dem Mangel an einem klaren positiven Ideal verdanken die entschiedenen Schulfreier ihre Wirkung im Breite und ihre propagandistische Macht. Sie werden zum Dreipunkts, dem alle Elemente zustreben, die von dem noch vorherrschenden Schulbetriebe enttäuscht und veräppelt sind. Aber mit dieser Sehnsucht nach Unkenntlichem kann man wohl wirkungsvolle Erziehungsarbeit tun, nicht aber einen neuen Bau errichten. Je mehr es nun gilt, den Worten und Reden zielstrebige Taten folgen zu lassen, desto mehr werden gerade die positiv gerichteten Elemente unter den Führern der Bewegung über die geistliche Elendheit und Innere Dürre ihrer Anhängerinnen erschrecken und sicherten müssen. Denn ein neuer Aufbau in der Erziehungsarbeit ist nur möglich auf dem festen Boden einer geschlossenen Weltanschauung. Wenn man der Schule eine höhere Mission zuschreibt als hohe Uebermittlung von Wissensstoff, wenn man sie für berufen hält, die geistliche und intellektuelle Entwicklung der ihr anvertrauten Jugend zu leiten und zu formen, dann muß sie sehr, überzeitliche Wertmaßstäbe ihrer Arbeit haben, um nicht zu einem verantwortungslosen Experimentieren zu werden. Im Tonel unserer hilflosen Zeit, in der Interesse gegen Interesse, Meinung gegen Meinung, Mähe gegen Mähe steht, ist doch zielstrebiger Aufbau leichter zu erreichen. Denn er ist nur von solchen Menschen aus möglich, die aus ihrem festen Glauben die Kraft zu eindeutiger Bewaltigung finden, die sich bewußt sind, die wahrhaftige Wahrheit zu fordern im Widerstreit der Meinungen.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden. Am Sonntag fanden sich auf dem Sportplatz an der Hindenburgstraße die zweite Fußballmannschaft des katholischen Jugalingsvereins Johannstadt und die erste Mannschaft des Jugalingsvereins Reustadt gegenüber. Letztere konnte durch Jufbruch von zwei Fünfmeterbällen das Resultat auf 4 : 1 (Halbzeit 1 : 0) stellen. Die erste Jugendmannschaft von Johannstadt spielte gegen den Turnverein 1920 und unterlag diesem ebenfalls mit 4 : 1. Der Turnverein führte ein gutes Zusammenwirken vor, während die Johannstadt Rubias und Persch besonders glänzten. — Die Fußballmannschaft des „Mittleren Bundes“ Dresden-Johannstadt spielt Sonntag, den 12. Juni, vormittags 9 Uhr gegen den Turnverein 1920 an der Hindenburgstraße.

Dresden (Kreuzblatts). Die Beobachtung lehrte, daß allgemein wieder der Alkoholismus wächst und mit ihm die wirtschaftliche, körperliche, sittliche und soziale Schäden. An Bedeutung wächst damit auch die Trinkerfürsorge und Trinkerrettungsarbeit. Ueber diese wichtige Tätigkeit des Kreuzblatts wird Herr P. Franke, rühmlichst bekannt durch seinen aus von Katholiken hoch belicht aufgenommenen Vortrag im April, am 12. Juni (Sonntag) 1/8 Uhr abends im Gesellschaftshaus einen allgemein orientierenden Vortrag halten. Montag und Dienstag (13. und 14. Juni) abends 1/8 Uhr im Gesellschaftshaus Vorträge des hoch. Herrn Vater zwecks Schulung in der kathol. Trinkerfürsorge. Es wird um rege Teilnahme nicht nur seitens unserer Mitglieder gebeten, sondern aller, die für soziale und caritative Tätigkeit interessiert sind und sich einen Ueberblick über dieses wichtige Arbeitsgebiet verschaffen wollen. (Siehe Inserat.)

Jittau. Der 20. Mai war für unsere katholische Gemeinde ein Tag der Freude und ein Tag der Freude. An diesem Tage feierten wir das Fronleichnamfest, wie allgemein üblich, durch Prozession. Es ist ja für jeden Katholiken, den nicht durch aus dringende Verhältnisse hindern, eine Ehrenpflicht, daran teil zu nehmen. So fanden sich denn, um ihrem Gott die schuldige Ehre zu geben, alle, jung und alt, aus allen Ständen zusammen, zur gegenseitigen Stärkung im Glauben. Eine rechte Freude bereite alle, die ein Interesse an unserer Jugend haben, auch der Nachmittag. Da hatten sich die Junglingsvereine als Südläufer „Deutsche Jugendkraft“ aus Jittau, Ostsch. und Seidenhof zu einem „Jugendtag“, zu einem Wettkampf im Körperlichen Sport zusammengefunden. Sport und Wettkampf, Staffettenlauf, Faustball und Fußball, das waren die Spiele, in denen sich unsere Südläufer katholische Jugend im Wettkampf zeigte; und bei jedem dieser Spiele mehrte man, wie eifrig geübt worden war, und daß die jungen Leute aller Gruppen Tüchtiges leisteten. Die besten Preise errangen beim Hoch- und Weitsprung Herr Lorenz von der Jittau, die Herren Reumann und Köhler von der Ostsch. Gruppe. Der Faustballwettkampf war für die Zuschauer noch interessanter. Da ging es heiß zu, da waren es gleiche Kräfte, die sich maßten, Jittau und Seidenhof, und nämlich, jede der beiden Gruppen konnte sich mit ihrer Leistung sehen lassen. Der heiß Kampff blieb unentschieden, 30 : 30. Der Fußballkampf zwischen Ostsch. und Jittau war aber noch heißer. Hier errang Ostsch. den Sieg mit 5 zu 4. Wenn es auch recht interessant war, diesem Spiel zuzusehen, so muß man doch sagen, daß der Fußballsport nicht gerade der schönste aller Sportarten ist. Wasche unsere Jugend das nach und nach einsehen und dieser Sportmode den Rücken kehren. Dauerlauf, einseitlich „Staffettenlauf“, wurde ebenfalls mit großem Eifer von unserer Jugend auszuführen. Auch eine Schülerabteilung nahm an dem Wettkampf und dem Springen teil und erregte durch ihren Eifer und ihre Leistungen die Freude der Älten. Wer beim Wettkampf teilgenommen hat, kann ich leider nicht berichten. Wenn auch nicht jeder einen ersten Preis erringen kann, so dürfen diejenigen, welche aber Hauptpreise erhalten haben und deren Namen es eine große Anzahl, alle stolz sein. Denn alle Gruppen haben Tüchtiges im Körperlichen Sport bewiesen und sehr genannte Sportler in ihrer Mitte. Es lebe unsere Jugend. Wir wollen auch in Zukunft um ihre körperliche, geistliche und geistige Erziehung eifrig besorgt sein im Sinne der christlichen — nicht der „unten“ Weltanschauung.

Malsberg. Tage der Erbauung und Vertiefung war die Woche vom 22. bis 29. Mai 1921. Heilige Nachmision hielt der Franziskanerpater Johannes hier ab. Reich wert Leben war in der Gemeinde zu spüren. Wie im vorigen Jahre, so war auch dieses Jahr unser schmales Kirchlein voll von gläubigen, stillen Betern. Kein Wunder auch; Vater Johannes verstand es auch schlicht und einfach zu predigen, verband es durchdrungen von H. Liebe, die Grundwahrheiten unseres G. Glaubens zu vertiefen und zu befestigen. Bei der öffentlichen Prozession des Fronleichnamstages und des darauffolgenden Sonntages bezog die heilige Schar von Kindern, Frauen, Männern vor aller Welt das H. Geheimnis der Endarrheit. Am herrlich geschmückten Kirchlein war an beiden Tagen ein feierliches Festmahl, geleitet von den Herren Pfarrer Fischer und Monsignore Kehler, Vater Johannes von anwesenden. Monsignore Kehler, der erst vor kurzem von einer Krankheit zurückgekehrt war und sich vom H. Vater die Vollmacht zur Spendung des päpstlichen Segens erbitten hatte, erteilte nach der Segenspredigt der H. Nachmision der hiesigen Gemeinde den päpstlichen Segen.

Am Sonntag den 29. Mai 1921 versammelte sich die ganze Gemeinde in der Gastwirtschaft zur Glasfabrik zu einem großen Gemeindefest des Gemeindevereins St. Laurentius. Nach herzlicher Begrüßung durch den Vorsitzenden, Herrn Franz Bana, ergriff Herr Lehrer Günther-Neuellerwort das Wort zu seinem Vortrage: „Die konfessionelle Schule“. Sein Antrag galt den Malsberger Katholiken, alles daran zu setzen, die katholische Schule wieder zu erobern. Endlich ist die christliche Elternschaft gegen den Feind der christlichen Schule vor. Auch sind nicht alle Eltern wach, wissen nicht alle, in welche Gefahr ihre Kinder fallen können. Darum auf, christliches Volk, steh mutig und geschlossen ein für das größte und heiligste Gut — den Glauben deiner Kinder. Gläubige, fromme und charakterfeste Menschen kann nur die christlich-konfessionelle Schule erziehen. Die Grundlage der Charakterverziehung gibt die Religion. Darum fordern wir auch katholische Lehrer für katholische Kinder. Nachdem noch mit verschiedenen Einwänden der weltlichen Schule abgerechnet worden war, beschloß die Versammlung der Zentrumsfraktion im Reichstags folgende Resolution zu überlegen:

„Die vom Gemeindefest St. Laurentius zu Malsberg embersene Elternversammlung am 29. 5. dankt der Zentrumsfraktion für ihr Eintreten der Rechte der christlichen Eltern. Sie bittet die Fraktion, ihren Einfluss dahin geltend zu machen, daß die Forderung der deutschen Bischöfe vom 30. 11. 1920 „die konfessionellen Schulen verwirklicht werde.“

Der Vorsitzende brachte Herrn Günther, der leider der schlechten Zugerbindung wegen zeitig fort mußte, den aufrichtigen Dank für seinen klaren Vortrag zum Ausdruck. In einem kurzen und aufrichtigen Worte vorbereitete sich Herr Strobel über die hohen und heiligen Pflichten der Eltern. Darauf hielt Herr Vater Johannes seinen Vortrag über das Heiligtum des Fronleichnamstages, den H. Trauaktus des H. Heiligtums. Auch hier, klauer Lebensbeschreibung des H. Heiligtums von Mariä Kind der Herr Vater auf die Bewaltigung und Arbeitsfähigkeit in den Mässern ein, zeigte uns in klaren und verständlichen Worten den Tagesspott und die Tagesarbeit eines Mönchs. Nach einem kurzen Ueberblick über die heiligen Miffionsstätigkeit des Franziskanerordens in allen Ländern, Welt schloß Vater Johannes seine klaren Ausführungen, nach anhaltender Beifall war der höchste Ausdruck der aufrichtigen, lauschenden Zuhörer. Gedanke der Heiligtums, sein durchgehendes, leuchtend Broben nimmernden Eifers ab. Nachdem noch der Pfarrer Fischer eine Bitte der Gemeinde vortrug, schloß Herr Franz Bana unter herzlichen, innigen Dankworten an Vater Johannes den anregend verlaufenden ersten Gemeindefest des St. Laurentiusvereins. Nächste Mitgliederversammlung findet am 20. Juni statt.

St. 129
Redaktion: Polische
Ausgaben: 100
Preis: 100
Verlag: ...
Herausgeber: ...
Druck: ...